

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe Juni 2019



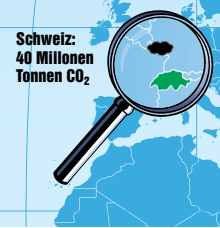
Zerstörerische Zuwanderung 2

Die anhaltende masslose Zuwanderung belastet unsere Umwelt extrem.



Rot-grüne Klima-Hysterie 4-5

Milliardenteure Massnahmen in der Schweiz haben keinerlei Einfluss auf das Weltklima.



Praktizierter Umweltschutz 7

Interview mit der EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher über Umweltmassnahmen.



Vernunft statt Ideologie

Veränderungen beim Klima bereiten derzeit zahlreichen Menschen Sorge. Links-grüne Ideologen versuchen, diese Situation schamlos auszunutzen, um ihre untauglichen Rezepte salonfähig zu machen. Wir sollten widerstehen und vernünftig handeln.



Auf die schrille Panikmache soll der sozialistische Umbau unserer Gesellschaft folgen. Das ist das politische Ziel der links-grünen Klima-Ideologen, die sich derzeit öffentlichkeitswirksam und mit noch nie dagewesener medialer Unterstützung inszenieren und nicht davor zurückschrecken, Ahnungslose zu missbrauchen.

Der Mittelstand soll über neue Gebühren und Abgaben abgezockt und das Geld umverteilt werden. Bürgerinnen und Bürger sollen umerzogen werden und ihren Lebensstil ändern, Gewerbe und Landwirtschaft durch neue Vorschriften bevormundet werden. Hinter dem grünen Mäntelchen verstecken sich roter Zwang und knallharte Machtpolitik.

Falschspieler am Werk

Die gleichen Kreise, die den Pendlern das Auto verbieten, das Fleisch aus den Kantinen verbannen und den Leuten mit neuen Klima-Steuern das sauer verdiente Geld aus der Tasche ziehen wollen, setzen sich für freie Zuwanderung ein und drängen die Schweiz in die EU. Sie sind dafür verantwortlich, dass heute in unserem Land eine Million Menschen



Nationalrat
Albert Rösti
Präsident
SVP Schweiz

mehr leben als noch vor elf Jahren. Sie verantworten, dass wir bald eine 10-Millionen-Schweiz haben. Sie sorgen damit für einen höheren Energieverbrauch, mehr Verkehr, verbaute Landschaften und grenzenlosen Konsum.

Genau diese Kreise bieten sich nun als grüne Retter an. Wir sollten nicht auf die dreiste Masche dieser falschen Propheten hereinfallen.

Mass halten

Auf die Sorgen der Menschen wegen der Veränderung des Klimas müssen wir vielmehr mit Vernunft, gesundem Menschenverstand und massvollem Handeln reagieren. Das heisst: lokal produzieren und einkaufen, praktischen Umweltschutz betreiben über Recycling und die Wiederverwertung von Rohstoffen, auf neue, sparsame Technologien setzen, die Zuwanderung sinnvoll steuern, zur Landschaft Sorge tragen, im eigenen Umfeld Mass halten. Es gibt vernünftige und wirkungsvolle Ansätze. Links-grüner Extremismus schadet hingegen der Schweiz.

Neue Katastrophen, alte Methoden



von Nationalrat und Historiker
Peter Keller, Hergiswil (NW)

Mit der Angst vor dem Weltuntergang wurde schon immer Politik gemacht. Umweltschutz ist richtig. Aber die links-grünen Klimahysteriker wollen vor allem eines: den Mittelstand ökologisch abzocken, um ihre uralten Umverteilungsrezepte durchzusetzen.

1974 schrieb das deutsche Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» angsterfüllt: «Kommt eine neue Eiszeit?» Sie haben richtig gelesen: Eiszeit. Die verregneten Sommer in Nordeuropa seien «ein Vorgeschmack auf kühlere und nassere Zeiten». Die ganze Panikmache wurde – wie immer – wissenschaftlich untermauert: Der Nordatlantik habe sich abgekühlt, am Polarkreis seien die kältesten Wintertemperaturen seit 200 Jahren gemessen worden, die mit Gletschern und Packeis bedeckte Fläche sei um rund zwölf Prozent gewachsen.

Halte die gegenwärtige Klimaver Verschlechterung an, warnte der US-Wissenschaftler Reid Bryson, Direktor des Instituts für Umweltstudien an der Universität von Wisconsin, so würde über eine Milliarde Menschen verhungern. Die Chancen für eine rasche Rückkehr des günstigen Klimas, so ein anderer Wetterforscher, stünden «bestenfalls eins zu 10'000».

Eiszeit, Waldsterben, Ozonloch, Klimaerwärmung ...

Kommt Ihnen die Panik- und Angstmache bekannt vor? Damals wurde eine «neue grosse Eiszeit» heraufbeschworen. Heute warnen die Klimatologen vor einer weltweiten Erwärmung. Damals wie heute verbreiteten sie die gleichen Horrorszenarien: Die Erde werde unbewohnbar, Extremereignisse wie Hurrikane, Dürren und Fluten würden sich häufen. Die CIA erwartete Klimakriege. Ob Eiszeit oder Erderwärmung: Medien und Wissenschaftler machten den Menschen für den Klimawandel verantwortlich.

Umweltschutz ist richtig: Wir sollten alle sorgsam mit der Natur umgehen. Hier ist jeder gefordert: Regional und saisonal einkaufen, Abfall trennen, sparsam umgehen mit Wasser und Energie. Aber darum geht es bei der aktuellen Klimahysterie nur bedingt. Sie soll in erster Linie die Menschen einschüchtern. Die Links-grünen benutzen das Thema, um ihre uralten Umverteilungsrezepte durchzusetzen: Nun soll der Mittelstand ökologisch abgezockt werden mit CO₂-Abgaben, höheren Benzinpreisen, Strassenmaut, Heizöl-Strafen, «Dreckstromabgaben», teureren Flugtickets und so weiter und so fort. Schon in der Bibel drohten Propheten mit dem Untergang der Menschheit. Warum? Man kann über verängstigte Menschen einfacher Macht ausüben.

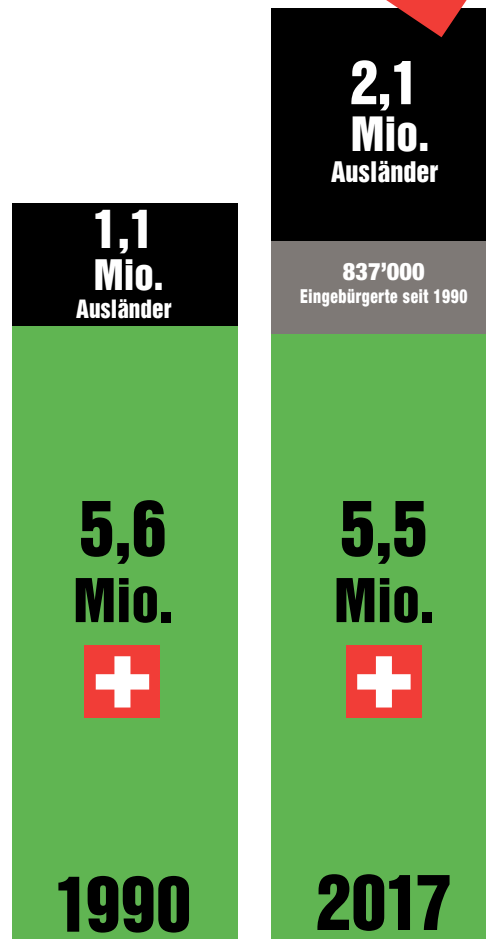
Massive Belastung für Umwelt: 1 Million mehr Menschen in den letzten 11 Jahren

Als mein Enkel vor 11 Jahren geboren wurde, hatte die Schweiz eine Bevölkerung von 7,6 Millionen. Heute leben als Folge der ungebremsten Zuwanderung bereits 8,6 Millionen Menschen hier. Diese Million mehr und in Spitälern. Sie nutzen die Strassen und Mengen an Wasser, Treibstoffen und Strom. Gütern sind mehr Lastwagentransporte Million zusätzlicher Einwohner abtransportiert und entsorgt werden.

Mit den Folgen dieser zusätzlichen Million Menschen in der Schweiz mögen sich die selbsternannten Klimaretter-Parteien SP, GLP, CVP und Grüne, jetzt neu sekundiert durch die FDP, jedoch nicht beschäftigen. Für sie ist diese Masseneinwanderung kein Problem. Sie gingen sogar so weit, im National- und Ständerat mit einem wohl einmaligen Verfassungsbruch, den Volksentscheid zur Masseneinwanderungs-Initiative in keinem einzigen Punkt umzusetzen. Gleichzeitig beklagen sie aber den massiv steigenden Energie- und Wasserverbrauch sowie die Zube-tonierung der Schweiz mit neuen Wohnungen. Auch blenden die anderen Parteien die mit der Masseneinwanderung einhergehende gesellschaftliche Veränderung und den Wertewandel aus.

Steuerung der Zuwanderung statt mehr Vorschriften

Die SVP war und ist die einzige Partei, die sich seit Jahrzehnten gegen die Massenzuwanderung einsetzt. Die Realitätsverweigerer werden nicht müde, die Probleme kleinzureden.



Entwicklung ständige Wohnbevölkerung der Schweiz
Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert

Die Schweizer Bevölkerung bleibt stabil! Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion!

Die Zuwanderung würde mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen nur 8'000 bis 10'000 Personen pro Jahr betragen, hiess es einst. Die Verdrängung von älteren inländischen Arbeitnehmenden durch jüngere und billigere Ausländer sei nichts als Schwarzmalerei. Die Integration der Zuwanderer sei gut zu bewältigen und unsere Sozialwerke wie die AHV würden profitieren. Und jetzt, wo sich sämtliche Befürchtungen bewahrheitet haben, wollen diese Parteien die Probleme mit Geld und Verboten lösen! Wohlverstanden mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger über noch höhere staatliche Abgaben beim Strom, beim

Benzin oder bei der AHV. Und mit mehr staatlichen Vorschriften, die das Bauen verteuern und die Mieten steigen lassen.

Ich setze mich dafür ein, dass mein Enkel nicht bereits im Jahr 2033 in einer zubetonierten 10-Millionen-Schweiz leben muss, die mit der heutigen freien, auf christlich-aufgeklärten Werten basierenden wunderschönen Schweiz nichts mehr gemein hat.



von Nationalrat Adrian Amstutz
Unternehmer, Sigriswil (BE)

So wollen Linke noch mehr Asylanten in die Schweiz holen

Am liebsten würden linke Kreise den Klimawandel zum Fluchtgrund erklären und auf Kosten der Schweizer Steuerzahler weitere Zehntausende Wirtschaftsmigranten ins Land holen. Das wäre wohl das Ende des Sozialstaates: Denn die verfehlte Asylpolitik des Bundes strapaziert bereits heute die Solidarität der Bevölkerung.



Die jungen Grünen fordern die Aufnahme von 50'000 «Klimaflüchtlings» – natürlich auf Kosten der Steuerzahler!

Im Zuge der aktuellen Klimahysterie wird die Forderung der Linken lauter, der Klimawandel sei als Fluchtgrund zu akzeptieren. So forderten die jungen Grünen, die Schweiz müsse 50'000 «Klimaflüchtlings» vor allem aus Afrika aufnehmen. Dies selbstverständlich auf Kosten der Steuerzahler. Als ob diese für die verfehlte Asylpolitik von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga nicht schon genug hinblättern müssten.

Extreme Kosten für Steuerzahler

Allein auf Bundesebene rechnet das Staatssekretariat für Migration (SEM)

bis 2022 mit jährlichen Kosten von über 1,4 Milliarden Franken. Weil der Bund in den ersten maximal sieben Jahren für die Lebenskosten der Personen im Asylbereich aufkommt, sind die ruinösen finanziellen Auswirkungen seiner Asylpolitik für Kantone und Gemeinden lange nicht spürbar. Dies ändert sich nun: Ab diesem Jahr geht die finanzielle Verantwortung für die in den Rekordjahren 2014 bis 2016 Aufgenommenen an Kantone und Gemeinden über. Allein die Zahl der vorläufig Aufgenommenen belief sich 2018 auf über 46'000 Personen – das

sind mehr als doppelt so viele wie 2013! Insgesamt zählte der Bund 2018 über 123'000 Personen im Asylbereich – für die absolute Mehrheit von ihnen kommt der Schweizer Steuerzahler auf.

Sozialstaat bald am Ende?

Bereits heute strapaziert die desaströse Asylpolitik die Solidarität der arbeitenden und steuerzahlenden Bevölkerung. Man muss kein Experte sein, um den sozialpolitischen Sprengstoff dieser Entwicklung zu erkennen. Mittlerweile warnen sogar Linke wie

Felix Wolfers, Leiter des stadtberni-schen Sozialamtes und ehemaliger Co-Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos), vor dieser «finanz- und sozialpolitischen Zeitbombe». Die Vorstellung, dass nun noch Zehntausende von «Klimaflüchtlings» in die Schweiz kommen sollen, nur weil ein paar Klimahysteriker durchdrehen, ist haarsträubend. Das Paradoxe an dieser links-grünen Forderung ist, dass – sollte sie sich durchsetzen – ausgerechnet jene Kreise unseren Sozialstaat zerstören, die sich die Bekämpfung der Armut auf die Fahnen schreiben.



von Nationalrat Andreas Glarner
Unternehmer, Oberwil-Lieli (AG)

«Ich kämpfe gegen den Missbrauch des Klimawandels für politische Zwecke»

Roger Köppel, Historiker, Chefredaktor und hervorragender Analyst, spricht im Interview darüber, wie die kommunistisch geprägten Grünen mit der Klimahysterie die freie Schweiz zerschlagen wollen.

Herr Köppel, Sie kritisieren die Hysterie rund um den Klimawandel, warum?

Weil linke und grüne Kreise den Klimawandel missbrauchen, um eine grüne Kommandowirtschaft aufzuziehen. Sie wollen einen Systemwechsel. Man sieht jetzt, dass die kommunistischen Wurzeln der Schweizer Grünen Ende der achtziger Jahre voll durchschlagen. Ihre Klimahysterie ist der Versuch, durch Angstmacherei die Marktwirtschaft zu beseitigen. Sie wollen alles abreißen: freie Mobilität, Energieversorgung, Freiheit, Wohlstand, industrielle Gesellschaft. Sie möchten uns befehlen, wie wir uns fortbewegen, wie wir heizen, ob wir fliegen und was wir essen sollen. Das alles muss der Mittelstand bezahlen und ausbaden. Für die grünen Bevormunder und Umverteiler ist die Schweiz ein Bankkonto, von dem sie das Geld abheben können, das andere vorher einbezahlt haben.

Leugnen Sie den Klimawandel?

Nein, der Klimawandel ist eine Tatsache. Seit Millionen von Jahren. Ich kämpfe gegen den Missbrauch des Klimawandels für politische Zwecke. Ich will nicht, dass wir auf Grund unseriöser pseudowissenschaftlicher Behauptungen alles auf den Kopf stellen. Die grüne Klimapolitik heisst Rückkehr ins Mittelalter, als nur Reiche und Könige reisen konnten.

Weshalb will die SVP nichts fürs Klima tun?

Wir machen sehr viel für die Umwelt, vor allem unsere Bauern. Als Partei bekämpfen wir die Masseneinwanderung. Wir sind gegen Zubetonierung, Überbevölkerung, Übernutzung der Infrastruktur und Umwelt. Das ist realer Umweltschutz. Zudem sind wir für die Marktwirtschaft, die auf Effizienz und schonungsvollen Ressourcenverbrauch abzielt. Die religiöse Fixierung aufs Klima lenkt von den wirklichen Umweltproblemen ab auf der Welt: Überfischung der Ozeane, Plastik, Überbevölkerung. Das aber fördert die UNO noch mit ihrer Migrationspolitik.

Zahlreiche Wissenschaftler auch in der Schweiz warnen schon lange vor der menschengemachten Klimaerwärmung – irren sie sich alle?

Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis, dass der Mensch einen massgeblichen Einfluss aufs Klima hat. Das entscheidende Wort ist «massgeb-

lich». Der Weltklimarat selber hat das in seinem Bericht von 2013 geschrieben. Wer behauptet, es sei erwiesen, dass der Mensch und nur der Mensch für den Temperaturanstieg von einem Grad in den letzten 150 Jahren verantwortlich sei, sagt die Unwahrheit.

Die FDP hat kürzlich ihre Basis befragt und als Antwort bekommen, die Partei müsse grüner werden – gibt Ihnen das nicht zu denken?

Leider versucht die Parteispitze der FDP, auf die Klimamode aufzuspringen. Wie schon beim Waldsterben, das es gar nicht gab.

«Für die grünen Bevormunder und Umverteiler ist die Schweiz ein Bankkonto, von dem sie das Geld abheben können, das andere vorher einbezahlt haben.»

Einverstanden. Man muss sich vor den Auswirkungen des Klimawandels, den es immer gab, schützen. Den Bauern aber bringt es nichts, wenn wir das Benzin verteuern, Ölheizungen verbieten, Gaskraft abschaffen und Windräder aufstellen, die niemals die

Energie liefern werden, die wir brauchen, um unseren Wohlstand und den sozialen Frieden zu bewahren. Frankreich brennt, weil Macron das Benzin verteuern wollte. Das trifft die Leute mit dem kleinen Portemonnaie besonders.

Sorgen macht, muss konsequenterweise die Zuwanderung bremsen. In den letzten dreizehn Jahren kamen eine Million Menschen zusätzlich in die Schweiz. Das sind gigantische Wassermengen, die da verbraucht werden. Ich höre von den Grünen nichts in dieser Richtung. Das zeigt Ihnen, wie unseriös hier politisiert wird.

Sprechen Sie den vielen Jugendlichen ab, dass sie aus Sorge um die Umwelt und damit aus eigenem Antrieb an die Demos gehen?

Nein, viele glauben, sie gehen für eine gute Sache auf die Strasse.

Ich kritisiere die Lehrer, die unsere Jungen an Demos mitschleppen und aufwühlen. Man soll das Klima an den Schulen diskutieren, aber im Klassenzimmer mit Rede und Gegenrede.

Liegt Ihnen nichts an sauberer Luft, sauberem Wasser und intakten Landschaften?

Im Gegenteil. Wir haben in der Schweiz ohne Klimadiktatur saubere Luft und eine intakte Umwelt. Und wenn es Sie beruhigt: Ich fahre erst seit meinem 44. Altersjahr Auto – auf Druck meiner Frau machte ich damals den Führerschein. Meine CO₂-Bilanz ist besser als die von Balthasar Glättli.

Was soll die Schweiz also tun, um dies zu erhalten, respektive inwieweit muss der Staat hier lenken, etwa mit

zusätzlichen Steuerbelastungen auf Benzin und Heizöl?

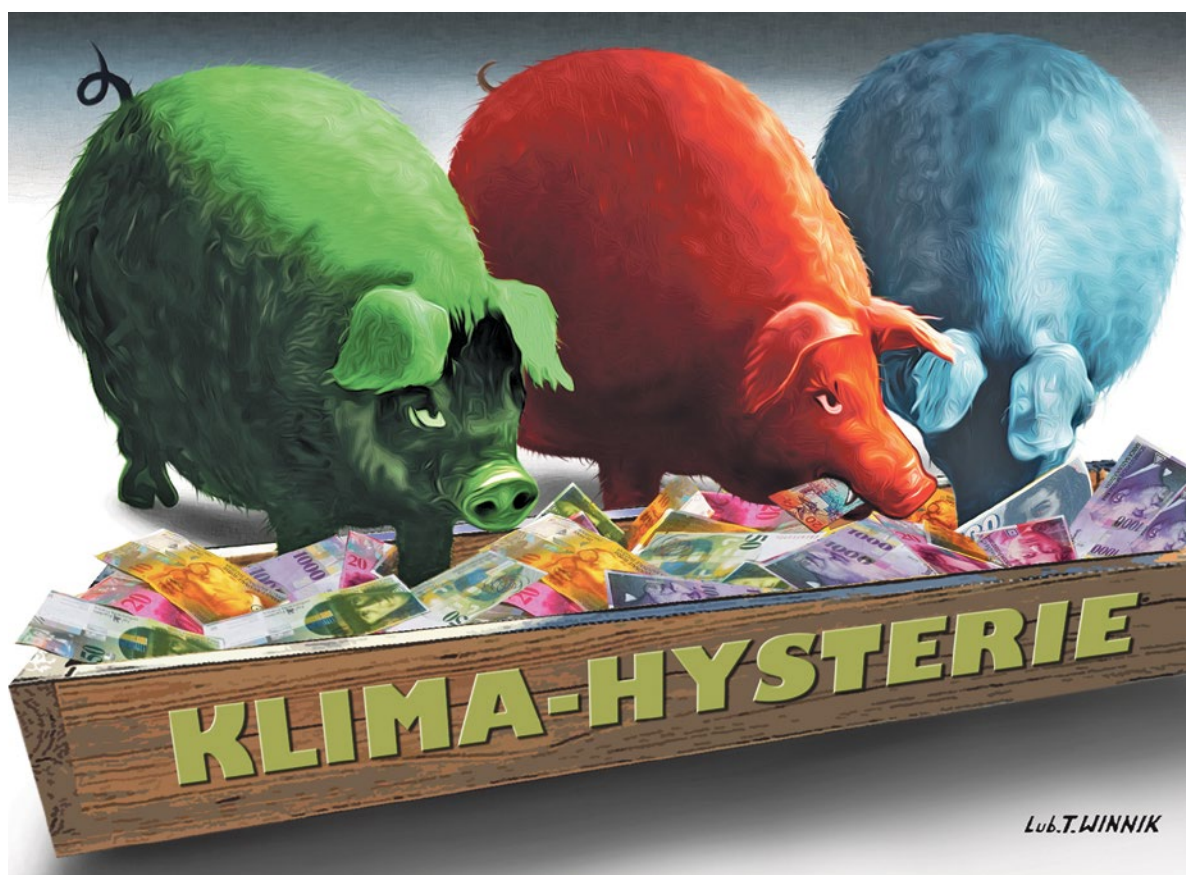
Ich bin gegen neue Steuern und Abgaben. Diese Klimahysterie ist eine gigantische Geldmaschine. Man macht den Leuten Angst, um ihnen die Freiheit und das Geld zu nehmen. Es ist wie beim Ablasshandel im späten Mittelalter. Die Leute zahlten,

Was bringt den Bauern jedoch etwas?

Günstige, ausreichende und sichere Energieversorgung ist entscheidend. Ausserdem sollten die Leute, die am lautesten den Klimanotstand ausrufen, mit gutem Beispiel voraus gehen und nur noch Produkte von Schweizer Bauern kaufen, also Lebensmittel, die nicht um die halbe Welt gekarrt werden mussten, bis sie hier auf dem Teller landen.

In der Schweiz sind vielerorts die Grundwasserspiegel gesunken – ist das für Sie kein Problem?

Das ist ein Problem. Wir lösen es aber nicht dadurch, dass wir mit den Grünen ins Mittelalter zurückgehen und die Marktwirtschaft abschaffen. Wir müssen uns anpassen, wo nötig, die Wasserversorgungen besser vernetzen (wie es schon die Römer taten), um Mankos auszugleichen. Wer sich ums Wasser



Lib.T.WINNIK



Wer ist Roger Köppel?

Personalien

Geburtsdatum: 21. März 1965 in Zürich (ZH)
Bürgerorte: Küsnacht (ZH) Widnau (SG)
Beruf: Journalist Medienunternehmer
Zivilstand: verheiratet
Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch
Anzahl Kinder: 3
Titel: lic.phil.I

Auszeichnungen

2010 Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik
2009 «Journalist des Jahres 2009» Kategorie Politik, ausgezeichnet durch die Zeitschrift «Schweizer Journalist»
2006 «Journalist des Jahres 2006»
2004 «liberal award» der Zürcher Jungfreisinnigen

Politischer Werdegang

Seit 2015: Nationalrat
Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK)

Mitgliedschaften

• Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt (EU-No)

weil man ihnen sagte, sonst kommt ihr nicht in den Himmel. Der gleiche Wahnsinn läuft jetzt beim Klima ab. Man missbraucht das Klima, um Geld zu machen und Macht auszuüben. Leider ist die SVP als einzige Partei dagegen.

Sie haben Kinder – was für eine Schweiz wollen Sie für sie?

Eine unabhängige Schweiz, die an ihren erfolgreichen Säulen festhält: direkte Demokratie, Föderalismus, bewaffnete Neutralität. Eine Schweiz von Mass, Mitte und Vernunft. Es braucht einen kühlen Kopf, auch und gerade in der Umweltpolitik.

Rot-grüne Verlogenheit



1 Million Zuwanderer = 59 Milliarden Liter Wasserverbrauch!

Durch die masslose Zuwanderung sind in den letzten 13 Jahren rund 1 Million Einwanderer zusätzlich in unser kleines Land gekommen. Sie verbrauchen jährlich rund 59 Milliarden Liter Wasser. Wasser, das unseren Bauern im Sommer fehlt! Das schadet der Umwelt in der Schweiz ganz direkt und vernichtet unsere Ressourcen!

Wer die Umwelt in der Schweiz schützen will, muss die Masseneinwanderung bekämpfen!

Quelle: Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches

SVP des Kantons Zürich, Lagerstr. 14, 8600 Dübendorf, www.svp-zuerich.ch
Mit einer Spende auf PC 80-35741-3 unterstützen Sie den Wahlkampf der SVP.





Rot-grüne Klima-Hysterie in der Schweiz:

Selbst milliardenteure Massnahmen haben praktisch keinen Einfluss auf das Weltklima!

**USA:
5'269 Millionen
Tonnen CO₂**

**Schweiz:
40 Millionen
Tonnen CO₂**

Die Schweiz – führend im Umweltschutz!



Die Schweiz trägt ihre Verantwortung in Sachen Umweltschutz. Sie ist Vorreiterin beim Recycling und bei neuen Umwelttechnologien. Noch nie zuvor verfügte die Schweiz über so saubere Böden, so saubere Luft und so sauberes Wasser wie heute.

Die Menschen verbrennen fossile Rohstoffe und setzen so das darin gespeicherte CO₂ frei. Weltweit sind dies jährlich 36 Milliarden Tonnen CO₂. Die grössten CO₂-Produzenten sind: China mit rund 10 Milliarden Tonnen; die USA mit 5 Milliarden Tonnen; Indien mit 2,5 Milliarden Tonnen und Russland mit rund 1,6 Milliarden Tonnen. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen werden diese Länder ihren Ausstoss kaum verkleinern.

Wo steht die Schweiz? Ihr CO₂-Ausstoss beträgt jährlich rund 40 Millionen Tonnen, das entspricht 0,1 % oder einem Tausendstel des weltweiten menschengemachten CO₂. Die Schweiz hat – trotz eines Bevölkerungswachstums von 1,8 Millionen auf 8,5 Millionen Menschen (2017) – ihren CO₂-Ausstoss seit 1990 bis 2017 um 14 % verringert beziehungsweise sämtliche Treibhausgase um 12 % gesenkt.

Klimawandel findet statt

Gemessen werden kann, dass die CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre seit über 150 Jahren stark zunimmt. Treibhausgase bzw. CO₂-Emissionen entstehen bei der Verbrennung kohlenstoffhaltiger Materialien wie Kohle, Diesel und Benzin, Erdgas, Holz oder Flüssiggas. Die Wissenschaft geht davon aus, dass 95% der CO₂-Emissionen einen natürlichen Ursprung haben und knapp 5% einen anthropogenen, also vom Menschen verursacht sind. Damit hat der Mensch zwar einen Einfluss auf das Klima und die Erderwärmung, unklar ist jedoch, wie gross dieser Anteil ist. Umstritten ist damit auch die Prognose zur künftigen Erwärmung.

Unvoreingenommene Forschung statt Medienhype

Es braucht Forschung und Innovation. Dazu gehört eine unvoreingenommene

ne Haltung. Nur so kann der Versuch gelingen, die Realität abzubilden. Vorsicht ist geboten: Wie damals bei der Debatte um das Waldsterben in den 1980er-Jahren, verkaufen heute sowohl Politiker als auch Medienhäuser jegliches Wetterphänomen wie Trockenheit oder Nässe, einen warmen Sommer oder einen extrem kalten Wintermonat als Folge des menschengemachten Klimawandels. Dabei können ihnen die Titel oft nicht reisserisch genug sein. In der Schweiz, aber auch weltweit, ist ein tiefer Graben entstanden. Auf der einen Seite stehen Intellektuelle, Kunstschaffende und eine an Schulen, durch Kinofilme und soziale Medien aufgewiegelter Jugend. Auf der anderen Seite sind jene, die der Umwelt zwar auch Sorge tragen wollen, die dabei aber auf neue Innovationen setzen, statt den hysterischen Endzeitpropheten Glauben zu schenken.

men

China:
9'839 Millionen
Tonnen CO₂

Indien:
2'467 Millionen
Tonnen CO₂



Quelle: <http://globalcarbonatlas.org/en/CO2-emissions>

Unrealistisches
Pariser Abkommen

Das Pariser Abkommen von 2015 will bis Ende des Jahrhunderts die Klimaerwärmung auf unter 2 Grad senken. Dies, indem die menschengemachten Treibhausgase auf den vorindustriellen Stand von 1750 reduziert werden sollen. Die ideologische links-grüne Politik macht es sich zu einfach: Damals lebten 700 Millionen Menschen auf der Erde, Verbrennungsmotoren gab es keine, die Industrialisierung setzte erst viel später ein. Wissenschaftler des Massachusetts Institute of Technology (MIT) kommen zum Schluss, dass, auch wenn sämtliche Länder das Pariser Abkommen buchstabengetreu umsetzen würden, die Erwärmung nur um höchsten 0,2 Grad eingedämmt werden könnte.

Die Schweiz
als Musterschülerin

Die Schweiz soll gemäss Pariser Abkommen bis 2035 eine Halbierung der Treibhausgas-Emissionen erreichen. Dies wäre jedoch selbst dann nicht möglich, wenn der gesamte Strassenverkehr eingestellt würde. Auch wenn 2035 nur noch elektrische Fahrzeuge auf der Strasse fahren würden, wäre das Klimaziel damit nur zu einem Drittel erreicht! Denn selbst bei einem Elektrofahrzeug, das mit völlig CO₂-frei produziertem Strom «betankt» wird, sind die Treibhausgas-Emissionen um maximal 60% tiefer als bei einem Benziner. 2018 waren in der Schweiz insgesamt 4'602'688 Autos eingelöst – 19'181 davon waren Elektroautos. Dies entspricht gerade mal einem Anteil von 0,42%. Die Kosten für einen gefahrenen Kilometer betragen bei einem Elektroauto

zwischen 10 bis 50 Rappen. Wegen des Pariser Abkommens müssten zudem alle bestehenden Bauten der Schweiz bis 2050 energetisch erneuert werden etc.

Fokus Umweltschutz
statt Klimawandel

Die Wirkung der politischen Massnahmen gemäss Pariser Abkommen ist unklar. In der derzeit herrschenden Hysterie geraten die Prioritäten durcheinander. Die weltweite wirtschaftliche Entwicklung hat gezeigt, dass die extreme Armut 1970 noch bei 60% lag. Bis heute konnte sie auf 14% gesenkt werden. In diesen Ländern müsste der Umweltschutz im Fokus stehen, d.h. bei sauberem Trinkwasser, sauberer Luft und sauberen Böden. Vielerorts fehlen jedoch Kläranlagen vollständig. In den asiatischen Grossstädten ist die Luftverschmutzung wegen des enor-

Weltweiter CO₂-Ausstoss

Total 36'153.0000

Land	Emissionen in Millionen Tonnen CO ₂
1. China	9'838.7540
2. Vereinigten Staaten von Amerika	5'269.5295
3. Indien	2'466.7654
4. Russland	1'692.7948
5. Japan	1'205.0612
6. Deutschland	799.3732
7. Iran	672.3123
8. Saudi-Arabien	635.0111
9. Südkorea	616.0967
10. Kanada	572.7826
11. Mexiko	490.2946
12. Indonesien	486.8438
13. Brasilien	476.0668
14. Südafrika	456.3252
15. Türkei	447.8972
16. Australien	413.0927
17. Vereinigtes Königreich	384.7068
18. Frankreich	356.3007
19. Italien	355.4542
20. Thailand	330.8396
72. Schweiz	40.0740

men Kohleverbrauchs unerträglich, die Böden vielerorts ausgelaugt.

Was ist zu tun?

Es gab und gibt immer genügend Energie. Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern Erdöl, Gas und Kohle gelingt nur durch neue Ener-

giegewinnung. Neue Energiequellen müssen jedoch zuverlässiger, billiger und vorteilhafter sein als die bisherigen fossilen Energieträger. Um Umweltziele zu erreichen, brauchen wir Freiheit, Innovationskraft und Freude an einer intakten Umwelt, die es für die Kinder und Kindeskindern zu erhalten gilt.

Mobility Pricing und mittelalterliche Wegzölle: Abzockerei mit grünem Mäntelchen

2018 waren in der Schweiz 6,1 Millionen motorisierte Strassenfahrzeuge immatrikuliert (ohne Töffli). Das entspricht einer Zunahme von 33 Prozent innert 18 Jahren. 2018 wurden rund 26'000 Staustunden registriert. Das sind doppelt so viele wie 2009. Die direkteste Folge der Masseneinwanderung von einer Million Menschen innert 13 Jahren ist der drohende Kollaps des schweizerischen Strassennetzes.



von Nationalrätin Nadja Pieren, Führungsfachfrau und Betriebsleiterin, Heimiswil (BE)

Wegen den vielen Staustunden werden in Bern viele Massnahmen diskutiert. Die meisten führen unter dem Deckmantel des Umweltschutzes zu noch mehr Abzockerei und Bevormundung der Autofahrer. Mit dem sogenannten Mobility Pricing möchten die Politiker in Bern «Verkehrsspitzen auf Strassen und Schienen glätten» und die «bestehende Infrastruktur besser auslasten».

Höhere Gebühren für die Nutzung der Strassen
Links-grüne versuchen, den Leuten einmal mehr übers Portemonnaie ein neues Mobilitätsverhalten aufzuzwingen. Wer die Strassen oder die Schienen häufiger nutzt, soll mehr bezahlen. Stosszeiten werden teurer als Randzeiten, um die Menschen zu Home-Office, späterem oder früherem Arbeitsbeginn oder anderen Schulzeiten zu zwingen.

Da ein Grossteil der Bevölkerung nicht die Möglichkeit hat, die Arbeitszeit, den Wohnort und den Arbeitsort frei zu wählen respektive ständig zu verlegen und damit die Lebensweise den staatlichen Kon-

zepten anzupassen, bedeutet «Mobility Pricing» für die meisten Leute schlicht und einfach zusätzliche Abgaben.

SP und Grüne wollen das Reisen auf Strasse und Schienen verteuern

Wenn es nach dem Willen von SP und Grün geht, gäbe es wohl eine Abgabe von 6-8 Rappen pro Strassenkilometer sowie eine Preisverdoppelung während der Stosszeiten auf stark frequentierten Abschnitten. Bei der Bahn spricht man sogar von 20 Rappen Aufschlag pro Schienenkilometer.

Grüne planen schon den nächsten Schritt, nämlich «Road Pricing».

Wer viel befahrene Strecken nutzt, soll künftig Wegzoll bezahlen, beispielsweise am Eingang zu Städten.

Auch diese links-grünen Ideen treffen vor allem die tieferen Einkommen und das Gewerbe. Besonders betroffen wäre die Bevölkerung in

den Land- und Bergregionen, jenen Regionen also, welche bereits heute mit ihren Strassengeldern den öffentlichen Verkehr der Agglomerationen und Städte subventionieren und welche in Zukunft noch mehr für diese bezahlen sollen – ungerechter geht es kaum.



**SO WOLLEN UNS
DIE ROT-GRÜNEN MIT
IHREM «MOBILITY PRICING»-
SYSTEM ABZOCKEN:**

**6 Franken pro gefahrene
100 Kilometer**

**12 Franken pro gefahrene
100 Kilometer in Stosszeiten**



Die Folgen links-grüner Politik: Autofahren nur noch für Reiche?

Dank der SVP konnten bisher in der Schweiz CO₂-Abgaben auf Treibstoffen verhindert werden. Doch Linke und Grüne setzen alles daran, dass der Benzin- und Dieselpreis steigt und steigt. Über kurz oder lang werden sich nur noch Reiche das Autofahren leisten können.



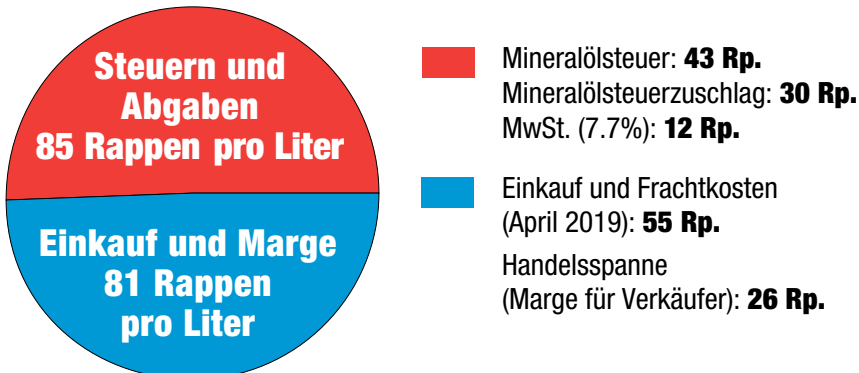
von Nationalrat Walter Wobmann, Verkaufsleiter, Gretzenbach (SO)

Schon jetzt kassiert der Staat beim Tanken kräftig ab: Bei jedem Liter Benzin zwackt die öffentliche Hand 85 Rappen ab für Mineralölsteuer, Mineralölsteuermehrsatz und Importabgaben. Ohne den Staat wäre der Liter Benzin nur halb so teuer. Eine Familie, die jährlich 25'000 Kilometer zurücklegt und dies mit einem Fahrzeug tut, das 7,5 Liter auf 100 Kilometer verbraucht, zahlt heute schon 1'600 Franken nur für die Benzinabgaben.

Debatte um das CO₂-Gesetz eine Erhöhung des Benzinpreises um sage und schreibe 20 Rappen pro Liter. Und der grüne Zürcher Nationalrat Balthasar Glätti forderte sogar, dass ab 2025 in der Schweiz keine Personenwagen mit Verbrennungsmotoren neu zugelassen werden dürfen. Dies würde das Autofahren massiv verteuern. Die oben erwähnte Familie müsste neu 1'970 Franken für Benzinzuschläge und CO₂-Abgaben

bezahlen – und das jedes Jahr. Eine solche Preiserhöhung würde auch alleinerziehende Mütter oder junge Singles treffen, die über ein tiefes bis mittleres Einkommen verfügen und die auf das Auto angewiesen sind, weil sie in ländlichen oder abgelegenen Regionen leben. Es würde sie wesentlich härter treffen als wohlhabende Städter, die auf einen stark ausgebauten öffentlichen Verkehr ausweichen können.

Steuern und Abgaben machen das Benzin teuer



Benzinpreis bleifrei total an der Tankstelle: **CHF 1.66/Liter**

Linke und Grüne pressen den Mittelstand aus

Doch Linke und Grüne wissen nicht, wann es genug ist. Unaufhörlich verteuern und erschweren sie das Autofahren. Die grüne Waadtländer Nationalrätin Adèle Thorens forderte in der Wintersession 2018 in der

Mobilität bedeutet Freiheit und Wohlstand

Viele links-grüne Politiker wollen es nicht wahrhaben: Die Strasse ist das Rückgrat unseres Verkehrssystems. 2017 wurden in der Schweiz knapp 135 Milliarden Personenkilometer zurückgelegt. Der private motorisierte Personenverkehr macht davon sage und schreibe drei Viertel aus.



von Andreas Burgener, Direktor auto-schweiz, Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure

Der allergrösste Teil der gefahrenen Kilometer wird in Personenwagen zurückgelegt. Beim Güterverkehr sieht es ähnlich aus, hier hat die Strasse einen Anteil von rund 63 Prozent. Der volkswirtschaftliche Nutzen des Verkehrs auf der Strasse ist so hoch, dass sich das Bundesamt für Statistik nicht an dessen Berechnung traut: angeblich zu kompliziert.

Beseitigung der Staus
Auch langfristige Studien zur künftigen Verkehrsentwicklung lassen keine Änderung der Vormachtstellung der Strasse bei der Mobilität erkennen. Das Bundesamt für Raumentwicklung ARE hat in seinen «Verkehrsperspektiven 2040» eingestehen müssen, dass auch in zwanzig Jahren der motorisierte Individualverkehr noch einen mächtigen Anteil an der Verkehrsleistung von 70 Prozent haben wird. In dieser Zeit wird der Autoverkehr auf unseren Strassen noch einmal um 18 Prozent zunehmen.

Mehr Autos, weniger Benzinverbrauch

Der private motorisierte Strassenverkehr hat zwischen 2000 und 2017 um 27 Prozent zugelegt.

2 Milliarden Franken Staukosten

Es ist jetzt höchste Zeit, um sich auf dieses weitere Wachstum vorzubereiten und die Kapazität unserer Strassen auszubauen! Schon heute kosten uns die fast 26'000 Staustunden im Jahr allein auf den Nationalstrassen fast zwei Milliarden Franken an Wirtschaftsleistung!

Stauzeiten werden immer länger

KMU und Pendler kommen kaum mehr rechtzeitig auf die Baustelle, zum Kunden oder zur Arbeit – ausser sie fahren deutlich früher los und verlieren so wertvolle Zeit. Jedes Jahr stehen wir je länger je mehr im Stau, Tag für Tag, Woche für Woche. Auf einigen Strecken kann man höchstens noch nachts staufrei fahren. Deshalb muss jetzt massiv in den auch in 20 Jahren nach wie vor wichtigsten Verkehrsträger der Schweiz investiert werden: die Strasse.

Deutlich weniger selbstverständlich ist da schon, dass gleichzeitig der Gesamtverbrauch von Benzin und Diesel zurückgegangen ist. Die immer effizienter werdenden Motoren machen es möglich. Die durchschnittlichen CO₂-Werte der neuen Personenwagen sind im selben Zeitraum um über ein Drittel zurückgegangen. Kaum eine Branche kann eine derartige Senkung ihres CO₂-Ausstosses vorweisen wie die Automobilindustrie – von den Erfolgen bei der Reduktion der Umweltbelastung in der Fahrzeugproduktion ganz zu schweigen.

«Wir kümmern uns schon seit Jahrzehnten um Umweltbelange»

Die Schweiz braucht Umweltschutzpraktiker und keine ideologischen Theoretiker. Das Extrablatt im Interview mit der Chefin der EMS-CHEMIE, Nationalrätin Magdalena Martullo.

Frau Martullo, als erfolgreiche Chefin einer Spezialkunststoff-Firma – was sagen Sie zur Debatte um den Klimawandel?

Wenn man die Medien liest, könnte man meinen, der Klimaschutz sei in der Schweiz ein völlig neues oder vernachlässigtes Thema. Das Gegenteil ist der Fall: Wir Schweizerinnen und Schweizer kümmern uns schon seit Jahrzehnten um Umweltbelange. Im Vergleich mit anderen OECD-Staaten produzieren wir weniger als die Hälfte CO₂. Die Schweizer Industrie hat den CO₂-Ausstoss seit 2001 um 30 % verringert. Der Bereich Chemie/Pharma konnte ihn auf unter die Hälfte senken. Bei

30%

– um so viel hat die Schweizer Industrie seit 2011 ihren CO₂-Ausstoss verringert.

an. Es produziert Dampf aus Holzabfällen. Es war das erste grossindustrielle Biomassekraftwerk der Schweiz und das grösste Mitteleuropas.

Wie viel Geld stecken Sie jährlich in Energiespar-Massnahmen? Haben Sie zusätzliche konkrete Beispiele, wie Sie Ressourcen sparen konnten?

Bei EMS wenden wir für Umwelt und Sicherheit jedes Jahr 15 Millionen Franken auf. Dank Hunderten von grösseren und kleineren Massnahmen konnten wir den Energieverbrauch seit 2001 knapp halbieren. Dazu gehören Verbesserungen beim Betrieb unserer Anlagen, neue Herstellungsverfahren, energiesparende Maschinen, wirkungsvollere Isolationen, energiesparende Beleuchtungen und, und, und... Kürzlich ist der Spatenstich für die Fernwärme für bis zu 20'000 Haushalte in Domat/Ems erfolgt. Die Abwärme unserer Produktionsanlagen wird mittels Wärmetauscher als Heizenergie im Dorf genutzt. So wird Öl eingespart.

15

Millionen gibt die EMS jedes Jahr für Umwelt und Sicherheit aus.

85%

– um so viel konnte die EMS-CHEMIE ihren CO₂-Ausstoss verringern.

der EMS-CHEMIE haben wir gar um über 85 % reduzieren können! Uns ist kein vergleichbares Unternehmen in der Schweiz bekannt. Dies hat die Industrie mit unzähligen Massnahmen alleine mit innovativen Ideen erreicht.

Das Bundesamt für Energie prämierte die EMS-CHEMIE mit dem «Watt d'Or» für diese Reduktion des CO₂-Ausstosses. Wie haben Sie das geschafft?

Wir müssen unsere Anlagen aufheizen. Früher machten wir das mit Erdgas. Ich wollte eine Alternative. Mit einem privaten Holz-Unternehmer siedelten wir 2006 das Biomassekraftwerk auf dem Werkplatz Domat/Ems

Was machen Ihre Kunden? Unsere Kunden, gerade in der Autoindustrie, haben weltweit sehr strenge und langfristige CO₂-Senkungen zu erreichen – in der EU muss der CO₂-Ausstoss pro gefahrenen Kilometer bis 2030 um

10

Bis zu 10 Mal können EMS-Spezialkunststoffe recycelt und wiederverwendet werden.

erreichen – in der EU muss der CO₂-Ausstoss pro gefahrenen Kilometer bis 2030 um



Gut lachen! Die EMS ist führend, wenn es um CO₂-Reduktionen, Recycling und Umweltschutz geht!

zwei Drittel reduziert werden. EMS-CHEMIE ist da ein sehr willkommener Entwicklungspartner, weil es unsere Spezialkunststoffe ermöglichen, bei Bauteilen über 50 % des Gewichtes einzusparen. Damit werden auch der Treibstoffverbrauch und der CO₂-Ausstoss halbiert.

Aber belasten Kunststoffe nicht die Umwelt?

Diese Diskussion dreht sich um einfache Verpackungskunststoffe wie Flaschen und Säcke etc. aus Plastik. Im Meer stammen 90 % der Kunststoffpartikel aus zehn Flüssen in Afrika und Asien. Dort sollte man ansetzen. Die Deponien sollten überall durch Kehrichtverbrennungsanlagen ersetzt werden. So werden die Abfälle nicht mehr weggespült. Für hochwertige technische Kunststoffe wie jene der EMS-CHEMIE, die schwere, energieintensive Metalle ersetzen, gelten spezielle Vorschriften zur Wiederverwendung

und Entsorgung. EMS-Spezialkunststoffe zum Beispiel lassen sich so bis zu zehnmal wiederverwenden und werden in der Regel wieder in ähnlichen Bereichen eingesetzt (Autoteile, Haushalts- und Elektrogeräte, Apparategläser, etc.). Auch wir setzen Recycling-Kunststoffe ein.

Tun Sie das allein fürs Image, oder lohnt es sich unter dem Strich für die Firma?

20'000

Haushalte werden in Domat/Ems zukünftig durch die Abwärme aus den EMS-Werken beheizt.

Für Unternehmen sind Rohstoffe und Energie wesentliche Kostenfaktoren. Jede Einsparung bedeutet tiefere Kosten. Das gilt natürlich auch für unsere Kunden. Und wenn unsere Kunden – auch dank EMS – innovative, leichtere, effizientere, energiesparende und umweltschonende Produkte herstellen, dann bringt das den Konsumenten etwas. Das ist der Klimaschutz

der Zukunft: Über neue Technologien und Innovationen nachhaltigere Lösungen zu finden.

Die Linken fordern höhere Abgaben auf Strom, Benzin, Erdöl, eine Flugticketabgabe und viele weitere Verbote und Vorschriften. Ist das der richtige Weg?

Massive Verteuerungen auf Energie, so dass man sie sich nicht mehr leisten kann, ist meiner Meinung nach kein intelligenter Weg. Im Unterschied zu den Parteien, die sich der Modeströmung entsprechend grün nennen, setzen wir, die SVP, auf Fortschritt und nicht auf Rückschritt. Wenn wir nicht auf Auto- und Zugfahrten, Ferien und Maturareisen mit dem Flugzeug und geheizte Wohnungen verzichten wollen, dann erreichen wir die Klimafreundlichkeit nur über innovative technische Entwicklungen. Diese kommen nie vom Staat. Das Geld, das dem Bürger mit der grünen Politik aus der Tasche gezogen wird, wird umverteilt oder in die Subvention von nicht überlebensfähigen Vorhaben gesteckt. Das hilft dem Klima nicht. Wir müssen echte, tragfähige Lösungen entwickeln.

Energiesparen aus Überzeugung

Bei der Green Datacenter AG hat der sorgsame Umgang mit Ressourcen System. Der Stromverbrauch der Rechenzentren wird konstant nach dem ISO-Standard für Energieeffizienz gemessen und gesenkt. Photovoltaik-Anlagen an der Fassade, neue Stromversorgungsanlagen und moderne Kühlmethode tragen dazu bei, dass die Anlagen der Green Datacenter AG zu den effizien-

testen der Schweiz zählen. Für die vorbildliche Effizienz wurde das Unternehmen bereits 2013 vom Bundesamt für Energie mit einem Prix Watt d'Or ausgezeichnet. «Energiesparen ist bei uns Pflicht, das tun wir aus Überzeugung, seit wir eigene Rechenzentren bauen», erklärt Franz Grüter, SVP-Nationalrat und Verwaltungsrats-Präsident von Green Datacenter.



Nationalrat Franz Grüter, Unternehmer, Eich (LU)

Wirtschaft denkt voraus



Nationalrätin Diana Gutjahr, Unternehmerin, Amriswil (TG)

Die linken Kreise tun gerne so, als würde der Druck der Strasse Unternehmer zum Umdenken bringen. Das ist falsch: Die Suche nach Alternativen, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren, ist für die Wirtschaft ein schon längst eingeleiteter Prozess, lebt doch die Wirtschaft von Innovation. So auch unser Familienbetrieb, die Ernst Fischer AG in Romanshorn. Bereits im Jahre 2001 entwickelten wir durchschlagende Konzepte wie Tankstellendächer mit Photovoltaikpanels. Inzwischen zeugen Dutzende von uns gebaute Anlagen von Istanbul bis zur Nordsee und von Polen bis nach Paris von der Innovationskraft unseres Gewerbes.

Auch bei der Erstellung von neuen Gas- und Elektrotankstellen sind wir an vorderster Front dabei und bauen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachspezialisten den Kundenbedürfnissen angepasste Betankungsanlagen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Tankstellenanlage COOP Hunzenschwil durften wir im Jahre 2008 erstellen und 2010 erweitern. Im Jahre 2015 erfolgte durch die fort-

schrittliche Bauherrschaft ein weiterer Ausbau zu einer modernen Wasserstofftankstelle. Auch hier durften wir wieder dank unseres Know-hows ein Partner sein, der den Weiterausbau des Wasserstoff-Betankungsnetzes unterstützt. Dies zeigt: Nicht Gesetze und Regulierungen fördern eine nachhaltige Umweltpolitik, sondern Forschung und Innovation.



Was die Linke und Grünen gerne ausblenden: Die Suche nach Alternativen hat schon längst begonnen, eingeleitet von innovativen KMU – ohne Vorschriften und Bevormundung! Beispiel: «Wasserstoff-Tankstellen».

Geht der Schweiz bald das Licht aus?



von Nationalrat Hansjörg Knecht
Unternehmer, Leibstadt (AG)

Mit der Stromversorgung wird es in naher Zukunft eng, der Schweiz droht ein Blackout. Laut Bund ist eine Strommangellage die derzeit grösste Gefahr für die Schweiz. Der Handlungsbedarf ist also dringend, denn erneuerbare Energien können die Kernkraft nicht ersetzen.

Wenn die Schweiz während einiger Monate weder genug Strom produzieren noch aus Nachbarländern importieren kann, kommt es zu Rationierungen, Abschaltungen bis hin zum Blackout. Die Wirtschaft würde stillstehen, der Verkehr ebenso, der Schweiz würden buchstäblich die Lichter ausgehen.

Was klingt wie ein Schreckensszenario von Verschwörungstheoretikern ist eine reale Bedrohung für unser Land: Gemäss einer Risikoanalyse des Bundes ist eine lange und schwere Strommangellage die grösste Gefährdung für die Schweiz. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz rechnet mit einem Schaden in der Höhe von über 100 Milliarden Franken.

Wie real die Bedrohung ist, zeigt die Prognose der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (Elcom). Danach ist die Versorgungssicherheit unter normalen Bedingungen und ohne das Kernkraftwerk Mühleberg lediglich bis 2025 gewährleistet. Und in Stresssituationen, etwa im Winter, wird die Lage schnell prekär, falls beispielsweise noch ein weiteres Kernkraftwerk stillsteht und aus den Nachbarländern wenig oder kein Strom fliesst.

Hinzu kommt: Mit der beschlossenen schrittweisen Stilllegung aller Schweizer Kernkraftwerke fallen in etwa zwanzig Jahren rund 33 Prozent der plan- und steuerbaren Stromproduktion weg. Die Energiestrategie des Bundes will die Versorgung durch den Ausbau erneuerbarer Energien sichern – notabene finanziert mit horrenden Summen an Steuergeldern. Die Produktion soll bis 2050 fast versiebenfacht werden. Das ist illusorisch, zumal die Wasserkraft allein wegen des Landschaftsschutzes kaum weiter ausgebaut wird. Widerstand gibt es auch gegen Windräder und grosse Photovoltaikanlagen in den Bergen. Zudem existieren noch immer keine wirtschaftlichen Speichermöglichkeiten.

Damit ist klar, dass die links-grüne Panikmache vor allem Kosten statt zukunftssträchtiger Lösungen produziert. Diese brauchen wir aber dringend, sonst geht in der Schweiz bald das Licht aus.



Wer steckt hinter der grünen Klima-Hysterie?

So wollen Linke und Grüne den Mittelstand umerziehen:

Forderungskatalog für neue Steuern und Abgaben

Kosten pro Haushalt und Jahr in CHF

Höhere Benzinpreise: plus 20 Rappen pro Liter = rund 450 Franken im Jahr (für einen Familien- und Pendlerhaushalt), es wurden auch schon 5 Franken für einen Liter Benzin gefordert	450.00
Gebühren für die Nutzung der Strassen, sog. Mobility- und Roadpricing: plus 1'000 Franken für 10'000 km Autofahren	1'000.00
CO₂-Strafe für Heizöl: bis zu 1'500 Franken zusätzlich im Jahr (Beispiel-Haushalt)	1'500.00
Solarstrom: plus 2'616 Franken im Jahr (Beispiel-Haushalt)	2'616.00
«Dreckstromabgabe» für Atomstrom: plus 495 Franken (bei durchschnittlichem Stromverbrauch)	495.00
Streichung von Steuerabzügen: für Kinder, Pendlerkosten, Bausparen, Spenden, Altersvorsorge, ökologische Sanierungen (Beispiel-Familie)	3'941.00
Verdoppelung der Mehrwertsteuer: auf 5'250 Franken pro Kopf bei einem EU-Mindestsatz von 15%	5'250.00
Verdoppelung der Flugpreise: Beispiel-Flug nach London für einen vierköpfigen Haushalt: 899.60 statt 400 Franken	499.60
Verbot von Ölheizungen: Zusätzliche Mietkosten bei einer energetischen Sanierung (Beispiel-Haushalt)	1'128.00
Mehrkosten für sogenannte ökologisch korrekte Haushalte: Bio-Lebensmittel, nachhaltige Produkte usw.	bis zu 2'500.00
Jährliche mögliche Mehrkosten für eine Mittelstands-Familie	bis zu Franken 19'379.60

Wofür die Betreuungs-Industrie das Geld verschleudern will:

«Bedingungsloses Grundeinkommen»	2'500 Franken im Monat fürs Nichtstun
Immer mehr Geld ins Ausland	4 Milliarden Franken Entwicklungshilfe im Jahr
Asylkosten	1,5 Milliarden Franken alleine aus der Bundeskasse

Camille Lothe
Präsidentin
JSVP Kanton Zürich



Zum Frauenstreiktag:

GEWALT gegen Frauen hat einen Namen: NICHTINTEGRIERTE!

Wir dürfen vor dieser importierten Gewalt nicht mehr die Augen verschliessen: Es sind nichtintegrierte Männer und Jugendliche, die ...

- ➡ ... laut Kriminal- und Strafurteilsstatistik, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, überproportional viele Sexual- und Gewaltdelikte begehen. Bei den 2017 wegen Vergewaltigung verurteilten Erwachsenen betrug der Ausländeranteil rund 74 Prozent.
- ➡ ... Frauen im Ausgang sexuell und verbal belästigen;
- ➡ ... sich zusammenrotten und als Gruppe Frauen sexuell belästigen;
- ➡ ... gegenüber in ihren Augen ungläubigen und damit unehrenhaften Frauen auf offener Strasse gewalttätig werden;
- ➡ ... ihren eigenen Frauen Kopftuch und Verschleierung aufzwingen;
- ➡ ... ihre Frauen und Kinder einsperren und schlagen: Laut Bundesamt für Statistik kommt innerfamiliäre Gewalt vor allem bei Migranten vor – 2016 waren ausländische Männer 3,7-mal häufiger wegen häuslicher Gewalt polizeilich registriert als Schweizer Männer;
- ➡ ... für ihre Töchter Zwangsehen arrangieren;
- ➡ ... die Beschneidung von Mädchen billigen.

Das wollen die Umerzieher auch noch:

Weitere Verbote

- Null CO₂-Ausstoss bis 2030 in der Stadt Zürich durch völligen **Verzicht auf Erdöl- und Erdgasheizungen**. Dafür Solarzellen auf allen Dächern.
- **Kein Ersatz von Ölheizungen** durch neue Ölheizungen.
- **Verbot von Flügen** innerhalb der Schweiz.
- **Verbot** von Geländewagen.
- **Verbot** von Plastiksäcken.
- **Keine Absatzförderung** für die landwirtschaftliche Fleischproduktion.
- **Keine Zulassung** für neue Personenwagen mit Verbrennungsmotoren ab 2025. Totalverbot ab 2035.
- **Null CO₂-Emissionen** in der ganzen Schweiz. **Kein Erdöl, kein Benzin, kein Diesel und kein Erdgas** mehr ab 2050.
- **Keinen** Auto- und Motorradverkehr an vier Sonntagen pro Jahr in der ganzen Schweiz.
- **Keinen Ausbau** der Schweizer Flughäfen.

Umerziehungsmassnahmen

- **Flugverbot** für Schulen und staatliche Dienstreisen.
- **Streichung** aller bestehenden 50 Inlandflüge.
- **Reduktion** des Fleischkonsums. Fleischfreie Tage in Altersheimen und Kantinen.
- **Lenkungsabgaben** auf inländischem und importiertem Fleisch sowie auf Milchprodukten.
- **Ablasshandel** für CO₂-Zertifikate auf Kosten der Bevölkerung durch massive **Verteuerung** energiereicher Produkte.
- Wer in der Klimareligion anders denkt, wird als Klimaleugner **diffamiert**.
- **Abschaffung** der freien Wohnungswahl zugunsten von Einheitsüberbauungen.
- **Massive Verteuerung** aller Flugtickets. Reiselust adé.
- **Mietvertragliche Vorschriften** zu Haushaltsgeräten, Wasser- und Raumtemperaturen usw. als zukünftiges Zwangsmodell für jedermann zur Durchsetzung der «2000-Watt-Gesellschaft».
- **Schluss mit der Unabhängigkeit** der Schweizerischen Nationalbank. Sie soll nur noch CO₂-konform investieren.
- **Nur** noch Parkplätze für Elektroautos in den Städten.
- **Zwang** zur Aufnahme von sogenannten Klimaflüchtlingen.
- **Importsteuern** auf Produkten aus Ländern, welche das Klimaabkommen nicht umsetzen (USA).
- **Zwang** für Pensionskassen, ihre Vermögensverwaltungsziele Sicherheit, Rentabilität und Liquidität neu auch nach Klimaverträglichkeit auszurichten.
- **Zwang** für Pensionskassen, Versicherungen, Banken über die Klimafolgen ihrer Investitionen zu berichten.
- ...



... Der rote Umverteilungs-Teufel!

Landwirtschaft zu Unrecht am Pranger

Noch nie lebten so viele Menschen in der Schweiz wie heute. Ebenfalls hatten wir noch nie – seit es Messungen gibt – so saubere Luft, so saubere Böden und so saubere Flüsse und Seen wie heute. Die Landwirtschaft ist zu einer Projektionsfläche für viele Wünsche und Sehnsüchte geworden, insbesondere auch in Bezug auf Umweltanliegen.



von Nationalrat
Andreas Aebi, Landwirt,
Alchensdorf (BE)

Verschiedene Volksinitiativen treffen emotionale Themen wie den Schutz des Trinkwassers. Sie sind extrem und tragen den Leistungen der Landwirtschaft sowie den bisher erbrachten Leistungen beim Schutz der Umwelt keine Rechnung. Einige Fakten:

- Die Trinkwasserqualität in der Schweiz ist hervorragend. Es besteht keine Gesundheitsgefährdung beim Konsum von Leitungswasser. Bei 98 Prozent der Grundwassermessstellen ist der Anforderungswert von weniger als 0,0000001 Gramm pro Liter (!) Mikroverunreinigungen pro Spurenstoff eingehalten. Für weitere Verbesserungen laufen bereits griffige Aktionspläne wie derjenige für den Pflanzenschutz, der 51 Massnahmen vorsieht.

98%

– so sauber ist unser Trinkwasser!

- Die heimische Landwirtschaft produziert gesunde Lebensmittel. Jährlich werden bei amtlichen Kontrollen zu Pflanzenschutzmittelrückständen lediglich ein bis zwei Prozent der Proben aus Schweizer Herkunft beanstandet. Zu beachten ist, dass die Kontrollen risikobasiert erfolgen. Das heisst, es werden gezielt dort Kontrollen gemacht, wo ein Verdacht vorliegt. Bei zufallsbasierten Kontrollen wäre die Beanstandungsquote noch viel tiefer. Bei den importierten Lebensmitteln hingegen liegt die Beanstandungsquote bei hohen acht bis zehn Prozent. Bei Lebensmitteln aus Asien liegt die Beanstandungsquote sogar bei 30 Prozent. Dies zeigt: Die Schweiz steht im internationalen Vergleich sehr gut da.

Der Verkauf von Pflanzenschutzmitteln, namentlich von Glyphosat, ist in der Schweiz stark rückläufig.

Die wirtschaftliche Bedeutung der eigenen Land- und Ernährungswirt-

schaft wird in der Schweiz immer wieder geringgeschätzt. Aus der Optik der grossen Wirtschaftszentren wird stets der geringe Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt angeführt. Dies ist eine einseitige Betrachtung. Für die ländlichen Kantone und Gebiete hat die Landwirtschaft eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung. Dazu einige Fakten:

Die Landwirtschaft

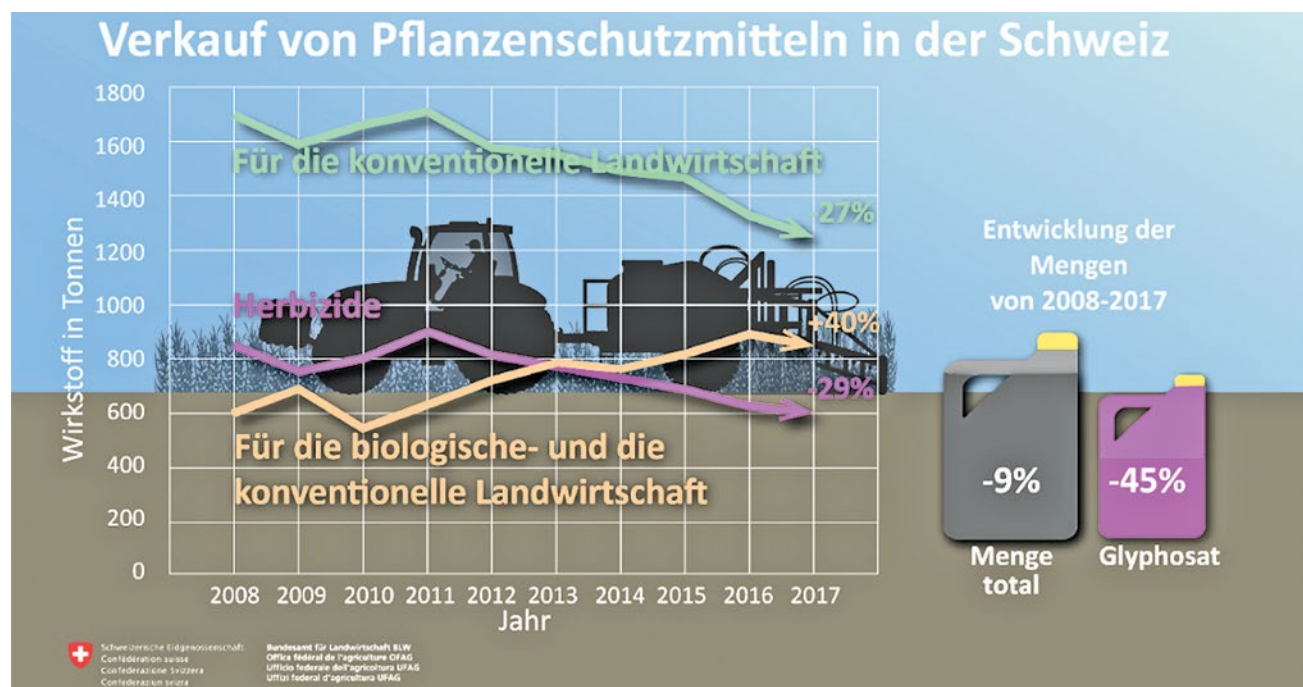
- schaft Arbeitsplätze. 150'000 direkt in der Landwirtschaft und nochmals 150'000 in den ihr vor- und nachgelagerten Bereichen). Würde man noch die indirekt mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Arbeitsplätze, etwa im Baugewerbe, oder im Detailhandel einbeziehen, kämen Zehntausende weitere dazu;
 - schaft Wertschöpfung im ländlichen Raum;
 - sichert durch die Pflege der Landschaft die Erfolgsgrundlagen für den Tourismus;
 - leistet einen Beitrag zur dezentralen Besiedelung des Landes und sorgt für belebte Land- und Bergregionen.
- Die Landwirtschaft braucht keine welt- und praxisfremden Utopien. Vielmehr ist es angezeigt, dass die Konsumenten

einheimische Produkte bevorzugen und dafür einen fairen Preis bezahlen. Das bringt ökologisch mehr, als die Produktion in der Schweiz durch übertriebene Forderungen praktisch zu verunmöglichen und Nahrungsmittel zu importieren, die unter fragwürdigen Bedingungen produziert und über Hunderte oder gar Tausende von Kilometern in die Schweiz transportiert werden müssen.

Links-grünen Kreisen und Umweltschutzorganisationen oder Gegnern der Viehwirtschaft liegen die eigene Profilierung und ihre Spendeneinnahmen näher als das Wohl der einheimischen Bauernfamilien und der Schweiz. Solches Verhalten ist nicht ökologisch, es ist verantwortungslos!

30%

– aller in die Schweiz importierten Lebensmittel aus Asien weisen Pflanzenschutzmittelrückstände auf.



SVP-Einsatz für die Landwirtschaft im Bundesrat



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

«Unsere Bauern sind die echten Umweltschützer. Sie sprechen nicht nur davon, sondern sie arbeiten das ganze Jahr mit der Natur und für die Natur. Wem unsere Umwelt also wirklich am Herzen liegt, der kauft gesunde Lebensmittel aus der Schweiz – auch wenn diese hohe Qualität vielleicht manchmal etwas mehr kostet als die Massenprodukte aus ausländischer Industrielandwirtschaft.»



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

«Eine produzierende Landwirtschaft, die auf die Nähe zu den Kunden und deren Vertrauen ausgerichtet ist, berücksichtigt auch die Umwelt. Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass der Bauer auf seinem Grund und Boden eine grosse Verantwortung trägt – für seinen Betrieb, für Pflanzen und Tiere. Die Schweizer Bauern sind sich ihrer wichtigen Aufgabe, auch für die Natur, bewusst.»



Nationalrätin
Barbara Keller-Inhelder
Jona (SG)

„Konsumieren Sie mit gutem Gewissen Schweizer Milch- und Fleischprodukte anstatt Billig-Güter und Tierqualprodukte aus aller Welt. Auf zwei Dritteln unserer Landwirtschaftsfläche ist die Veredlung zu Nahrungsmitteln nur über die tierische Produktion möglich. Damit unterbinden Sie energieintensive lange Transportwege. Zusätzlich sichern Sie das Leben vieler Familien im dezentralen Raum, die einen weit geringeren Ressourcenverbrauch haben, als wenn sie für ihren Lebensunterhalt in die Stadt ziehen müssten.“

Lokal einkaufen ist der beste Umweltschutz

Aus der Region – für die Region: So lautet der bekannte Werbespruch eines Detailhändlers. Wenn sich dies alle zu Herzen nehmen würden, wäre der Umwelt schon sehr viel Gutes getan. Aber halten sich denn die Detailhändler selbst an ihre Versprechen?

Ein Blick in die Regale genügt, um festzustellen, dass dies nicht viel mehr als Kundenfang ist. Denn da werden zum Beispiel Bio-Erdbeeren aus Spanien angepriesen, das Lammfleisch kommt aus Australien und so weiter. Aus der Region – für die Region rückt da in weite Ferne.

Der Konsument entscheidet

Sind nun die Detailhändler verantwortlich für dieses Herumgekarre von Lebensmitteln aus der ganzen Welt oder doch eher die Konsumenten? Letztlich entscheidet der Konsument mit seinem Einkaufsverhalten. Denn wenn niemand die Erdbeeren aus Spanien und das Lammfleisch aus Australien kauft, dann werden diese Produkte über kurz oder lang auch nicht mehr angeboten. Was kein Verlust wäre: In der Schweiz haben wir hervorragende Gemüse-, Früchte- und Lammfleischproduzenten, welche sehr umweltbewusst produzieren, wenn man sie nur lässt.

Links-grün setzt auf Importe

Verschiedene Initiativen aus dem links-grünen Lager wie die Trinkwasser-Initiative versuchen jedoch, die produzierende einheimische Landwirtschaft zu zerstören. Man möchte stattdessen lieber eine Ballenberg-Landwirtschaft installieren. Alles, was der Produktion von Nahrungsmitteln dient, wird von der links-grünen Seite verteufelt. Lieber setzt man auf Importe. Da sind den fanatischen Klimajüngern die Abgase plötzlich egal, die auf den langen Transportwegen durch halb Europa in die Luft geblasen werden. Ganz nach dem Motto: Aus den Augen aus dem Sinn.

Ja zur heimischen Produktion

Bei der heimischen, schweizerischen Produktion von Lebensmitteln weiss man, was man hat. Auch der Umwelt wird so Sorge getragen, und nicht zuletzt sichert die heimische Produktion Arbeitsplätze in un-

serem Land. Ganz nach dem Motto: Aus der Region – für die Region.



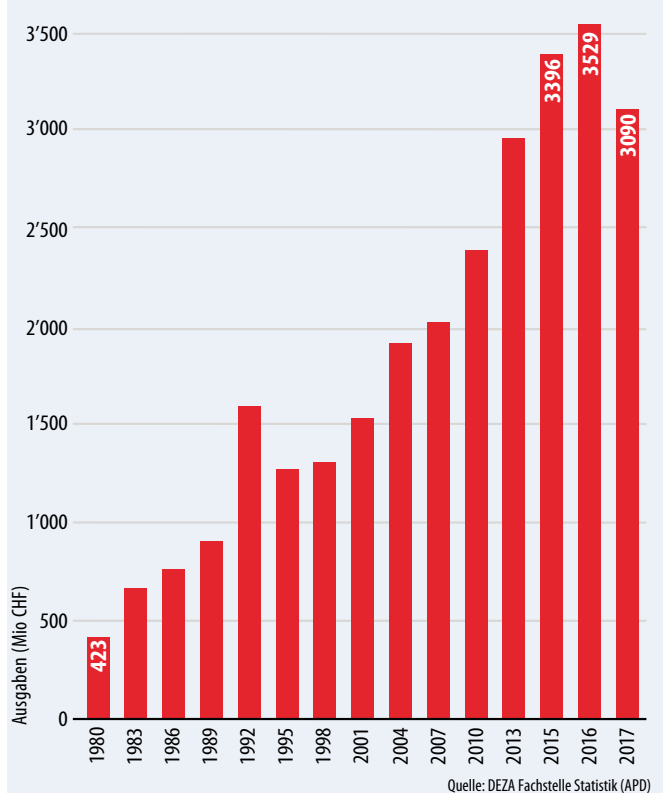
Für Landwirt und SVP-Nationalrat Marcel Detting, Oberiberg (SZ), ist die einheimisch produzierende Landwirtschaft der beste Umweltschutz!

Frei und Sicher. Das Parteiprogramm

Auslandhilfe beschränken

Trotz jahrzehntelangen Zahlungen von immensen Summen Entwicklungshilfe durch den Westen, geht es etwa dem afrikanischen Kontinent nicht entscheidend besser als früher. Bürgerkriege, Korruption und Staatszerfall bedrohen viele Länder. Nach wie vor halten die Migrationsströme von Süd nach Nord an und lassen nur einen Schluss zu: Die teuren staatlichen Hilfsprojekte der letzten Jahrzehnte haben ihr Ziel verfehlt. Die Entwicklungshilfe begünstigt und ermöglicht sogar die Migration. Oft werden nicht nur öffentliche Mittel verschwendet, sondern diktatorische, korrupte Regimes und Clans indirekt am Leben erhalten. Dies zeigt, dass grosser Handlungsbedarf besteht. Die Mittel dürfen nicht erhöht werden. Endlose dauernde Entwicklungshilfeprojekte, die sich als Fass ohne Boden erweisen, sind zu unterbinden.

Über 3 Milliarden Franken Entwicklungshilfe jährlich



Immer weniger Privates

Neben dem Eigentum wollen uns Linke und andere Staatsgläubige auch die Privatsphäre wegnehmen: Abschaffung des Bankkundengeheimnisses, automatischer Informationsaustausch, Einschränkung des Bargeldverkehrs, Überwachung auf Schritt und Tritt. Der Staat greift immer unverfrorener in unser Privatleben ein. Ziel ist es dabei stets, die Bürger zu erziehen und ihnen noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Die SVP nimmt dies nicht hin.

Der Staat wächst und wächst

Der Staat ist in den vergangenen Jahren immer grösser geworden und hat die Regulierungsdichte stark erhöht. Davon zeugt die massiv angestiegene Fiskalquote (Summe der gesamten Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt). Wir arbeiten einen immer grösseren Teil des Jahres, um für Steuern, Abgaben und Gebühren aufkommen zu können. Immer mehr Aufgaben, die vormals privat gelöst wurden, übernimmt der Staat. Fünf Monate im Jahr arbeiten wir für den Staat. Damit liegt die Schweiz über dem Schnitt der OECD-Länder.

Gegen linke Umverteilung

Wer arbeitet und selbstverantwortlich etwas Geld zur Seite gelegt hat und auch später noch etwas von seinem Ersparten will, hat allen Grund, die linke Politik zu bekämpfen. Denn die meisten ihrer Vorstösse zielen darauf ab, an mehr Geld der anderen zu kommen, den Menschen Eigentum wegzunehmen und dieses umzuverteilen.



Verfassung missachtet

Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk als Souverän bestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschicke und die Zukunft der Schweiz. Diese in unserer Bundesverfassung verankerten Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Neutralität werden von Bundesrat, Bundesverwaltung, aber auch von Gerichten und verschiedenen Rechtsprofessoren schleichend unterwandert.



Verfassung missachtet

Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk als Souverän bestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschicke und die Zukunft der Schweiz. Diese in unserer Bundesverfassung verankerten Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Neutralität werden von Bundesrat, Bundesverwaltung, aber auch von Gerichten und verschiedenen Rechtsprofessoren schleichend unterwandert.

Neutralität wird ausgehöhlt

Gerade das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) bemüht sich kaum mehr um eine neutrale Haltung in Konflikten. Diplomaten und Bundesräte lassen sich lieber im Scheinverfechtungsspiel und schlagen sich oft auf eine Seite in machtpolitischen Auseinandersetzungen. Dabei würde es der Schweiz besser antun, wenn sie eine umfassende neutrale Haltung einnehmen würde, damit sie als glaubwürdige Vermittlerin zwischen Konfliktpartnern ihre gute Dienste anbieten könnte. Es widerspricht auch diametral der Neutralität, wenn die Schweiz einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anstrebt. Dies ist aber seit Jahren der Plan der Glacépolitik in Bern. Der UNO-Sicherheitsrat ist der Ort, wo Kriege und Sanktionen bestimmt wird. Dabei eine unparteiische

Haltung anzunehmen, ist nicht möglich. Diese Einmischung in das weltweite Getöse um Macht und Ansehen kann dem neutralen Kleinstaat Schweiz aber keinerlei Vorteile bringen.

Internationales Recht wird priorisiert

Neu wird das internationale Recht eingestuft als das im eigenen Land von Parlament und Volk erlassene Recht. Dies zeigt sich darin, dass immer mehr Volksinitiativen nicht oder nicht richtig umgesetzt werden. Dieses fremde Recht, das oft trügerisch in «Völkerrecht» betitelt wird, ist aber wenig oder oft überhaupt nicht demokratisch legitimiert. Auch der Bezug zu den Menschenrechten ist irreführend. Was heute im politischen Kalkül um Macht und Einfluss als Menschenrechte bezeichnet wird, hat nichts mehr mit der ursprünglichen Bedeutung zu tun, sondern ist eine Weiterentwicklung und ausdehnende Interpretation der ursprünglichen Charta der Menschenrechte durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die internationalen Gerichte legen ihre Zurückhaltung immer mehr beiseite, mischen sich in nationales Recht ein und missachten die Verfassungen der Staaten. Selbstbestimmung und Eigentumslosigkeit bei der Rechtssetzung werden damit immer mehr ausgehöhlt. Die ordnungspolitische Errungenschaft der Gewaltenteilung geht verloren.

Der schleichende EU-Beitritt
Selbstbestimmung bedeutet: keine institutionelle Einbindung an die EU und damit keine aufgezwungenen Rechtsübernahmen und keine fremden Richter. Der gefährlichste Angriff auf



Eigentum stärken – Freiheit erhalten

Gegen linke Umverteilung

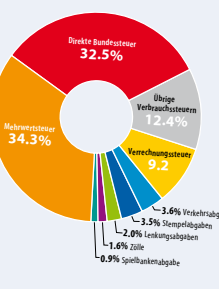
Wer arbeitet und selbstverantwortlich etwas Geld zur Seite gelegt hat und auch später noch etwas von seinem Ersparten will, hat allen Grund, die linke Politik zu bekämpfen. Denn die meisten ihrer Vorstösse zielen darauf ab, an mehr Geld der anderen zu kommen, den Menschen Eigentum wegzunehmen und dieses umzuverteilen.

Der Staat wächst und wächst

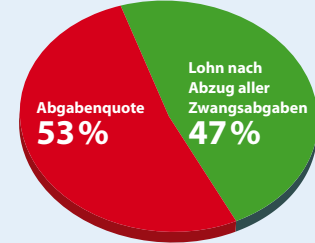
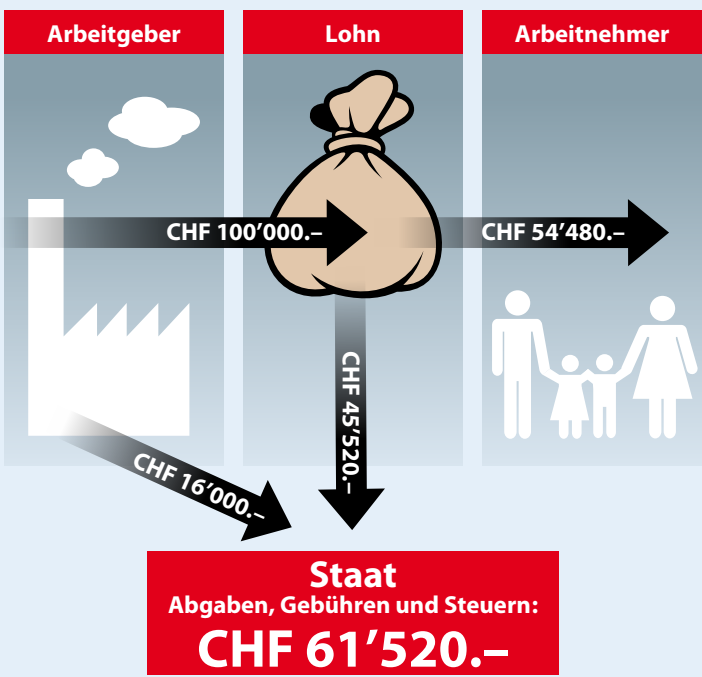
Der Staat ist in den vergangenen Jahren immer grösser geworden und hat die Regulierungsdichte stark erhöht. Davon zeugt die massiv angestiegene Fiskalquote (Summe der gesamten Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt). Wir arbeiten einen immer grösseren Teil des Jahres, um für Steuern, Abgaben und Gebühren aufkommen zu können. Immer mehr Aufgaben, die vormals privat gelöst wurden, übernimmt der Staat. Fünf Monate im Jahr arbeiten wir für den Staat. Damit liegt die Schweiz über dem Schnitt der OECD-Länder.

Eigentum stärken – Freiheit erhalten

66,3 Milliarden CHF Steuern alleine für den Bund im Jahr 2018

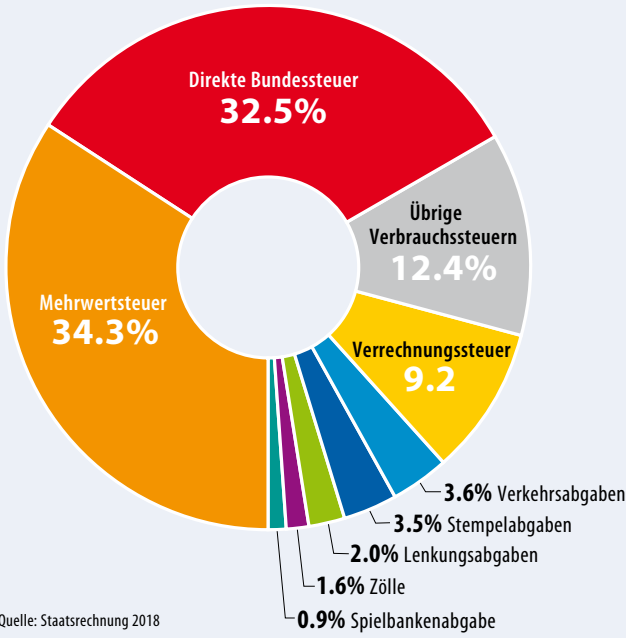


Paar mit zwei Kindern arbeitet über 6 Monate nur für den Staat!



Effektiver Lohn für ein Paar mit zwei Kindern:		116'000.00 CHF
Arbeitgeber-Prozente (AHV, IV, EO, ALV, Pensionskasse, Unfall- und Nichtberufsunfallversicherung, Familienzulagen)	-	16'000.00
Arbeitnehmer-Prozente (Krankenkassenprämien)	-	14'000.00
Einkommenssteuer im Landesdurchschnitt	-	11'500.00
Direkte Bundessteuer	-	8'700.00
Mehrwertsteuer auf Konsumausgaben (Nahrungsmittel, Ferien, Restaurants, Telefon, Kleider, Möbel, Zeitungssubskription usw.) von rund 40'000 Franken	-	220.00
Motorfahrzeug- und Mineralölsteuer, Autobahnvignette, Importzoll für Auto	-	3'000.00
Tabaksteuer (1 Pack Zigaretten pro Tag)	-	1'500.00
Diverse Gebühren und Abgaben (Kehricht- und Abwasserentsorgung, Stempelabgabe, Krankenzusatzversicherung, Billettsteuern, Alkoholsteuer, Hundesteuer, Selbstbehalte bei den Gesundheitskosten usw.)	-	1'600.00
	-	5'000.00
Lohn nach Abzug aller Zwangsabgaben		54'480.00 CHF
Abgabenquote		53%

66,3 Milliarden CHF Steuern alleine für den Bund im Jahr 2018



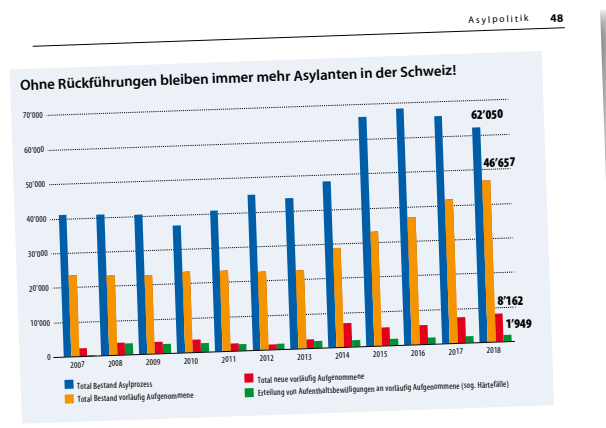
der SVP 2019 bis 2023

Masslose Zuwanderung hat Folgen für alle

Die Folgen der Bevölkerungszunahme sind täglich und für alle spür- und erlebbar: überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigende Mieten und Bodenpreise, Verlust von wertvollem Kulturland durch Verbauung der Landschaft, Lohndruck, Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt, Kulturwandel in den Führungsetagen. Die heutige Masslosigkeit bei der Zuwanderung gefährdet unsere Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung, unser Landschaftsbild. Die SVP will keine 10-Millionen-Schweiz.

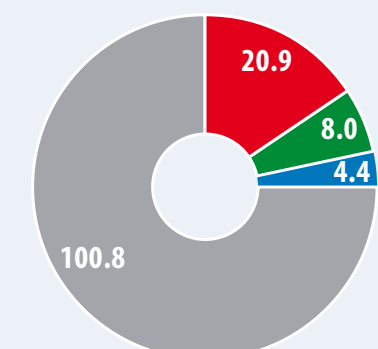
Begrenzungs-Initiative regelt Zuwanderung

Mit der «Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung» will die SVP eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung und ein Verbot jeglicher Personenfreizügigkeit erreichen. Die Initiative wurde am 31. August 2018 mit 119'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Weil sich das Parlament weigerte, die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen, muss das Volk nun ein Machtwort sprechen. Der Bundesrat soll beauftragt werden, mit der EU zu verhandeln und das Personenfreizügigkeitsabkommen spätestens zwölf Monate nach Annahme der Initiative ausser Kraft zu setzen. Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen.



Dreiviertel des Personenverkehrs wird über die Strasse abgewickelt

Geleistete Personenkilometer in Millionen



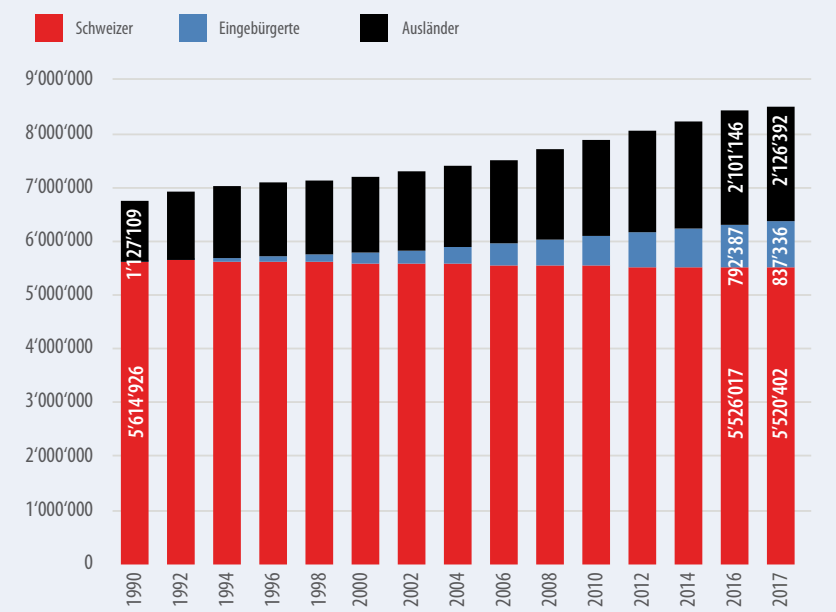
«Die Musik spielt auf der Strasse.» Dreiviertel der Personenkilometer werden auf der Strasse abgewickelt. Die Schweiz droht ihr Geld auf die falsche Karte «Bahn» zu setzen. Denn mit der Elektromobilität und selbstfahrenden Autos - gepaart mit einer weiteren Bevölkerungszunahme - dürfte die Strasse der mit Abstand wichtigste Verkehrsträger bleiben. Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) geht in seinen «Verkehrsperspektiven 2040» davon aus, dass selbst in 20 Jahren noch rund 70% der Personenkilometer mit dem motorisierten Individualverkehr, egal wie dieser dann aussieht, zurückgelegt werden.

Quelle: BFS

Einseitige Verkehrspolitik

Dieser Zustand ist einerseits Folge von Wirtschaftswachstum, steigender Mobilität und hoher Zuwanderung, auf der anderen Seite aber auch einer von Bundesrat und Parlament verfolgten einseitigen Verkehrspolitik. Eine Optimierung der Verkehrsflüsse mittels Verkehrsmanagement-Massnahmen (Benutzung von Pannestreifen, temporäre Geschwindigkeitsreduktionen, Rechtsvorbeifahren, zeitlich begrenzte Lastwagenüberholverbote) kann zwar die Probleme lindern, aber nur vorübergehend. Angesichts der prognostizierten Wachstumsraten kommt niemand mehr an einem weitreichenden Ausbau der Strasseninfrastruktur in der Schweiz vorbei. Denn auch Elektroautos und selbstfahrende Fahrzeuge brauchen Strassen und Parkplätze.

Die schweizer Bevölkerung bleibt stabil – Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion!



Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz
Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert

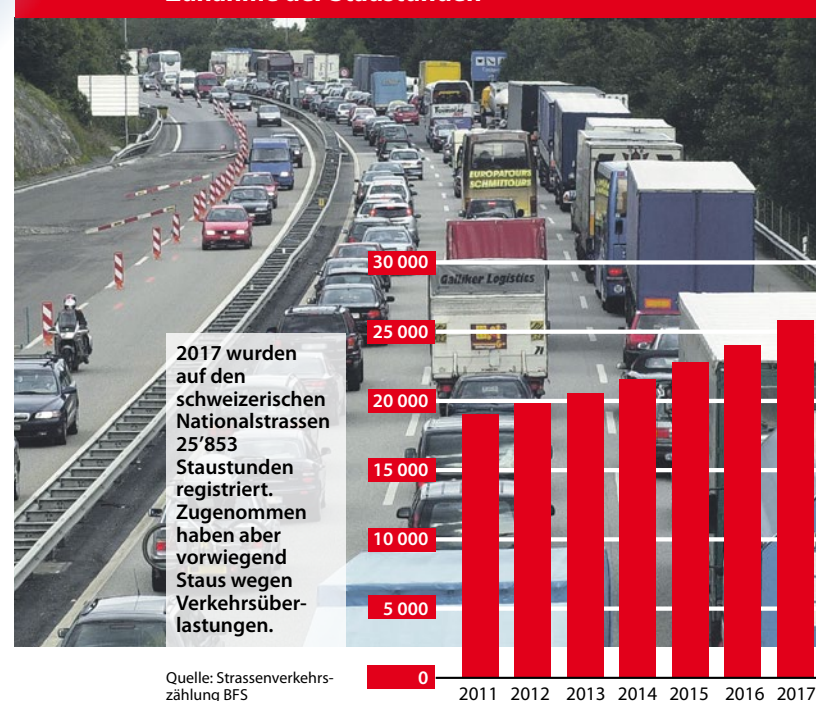
Keine Einreise aus sicheren Staaten

Die illegale Einreise und der illegale Aufenthalt, aber auch die Beihilfe dazu sind konsequent zu verfolgen. Wer aus einem Staat in die Schweiz einreist, in dem er nicht verfolgt wird, darf kein Anrecht auf Asyl haben.

Attraktivität für Scheinflüchtlinge senken

Ein Asylgesuch in der Schweiz soll sich für Scheinflüchtlinge nicht mehr lohnen. Die Attraktivität des Schweizer Asylwesens muss daher markant gesenkt werden. Einerseits sind die Sozialleistungen generell zu senken, damit der Anreiz zur Erwerbstätigkeit von anerkannten Flüchtlingen steigt.

Zunahme der Stautunden



Quelle: Strassenverkehrszählung BFS

Engpässe beseitigen

Die Schweizerinnen und Schweizer bezahlen immer mehr fürs Autofahren (Steuern und Abgaben), bekommen aber immer weniger Gegenleistungen. Oberstes Ziel muss sein, mit den vorhandenen Mitteln die wichtigsten Engpässe umgehend zu beseitigen sowie Ausbauten dort vorzunehmen, wo die Belastung am grössten ist. Mit den Fonds FABI (für die Bahn) und NAF (für die Strassen) verfügt der Bund über Mittel dazu.

Frei und sicher.

Ich will's
Ich wähl's

Parteiprogramm 2019 bis 2023



Wollen Sie mehr über das Parteiprogramm wissen?

Bestellen Sie unser Partei-programm 2019 bis 2023 mit dem Talon auf Seite 16!

Oder lesen Sie auf www.svp.ch

SVP-Wähler: Menschen, wie Du und ich!

Wir alle kennen es: Im Durchschnitt wählt jede dritte Schweizerin, jeder dritte Schweizer die SVP. Und doch: Fast niemand traut sich, das offen und laut zu sagen. Denn die meisten Medien führen seit vielen Jahren ein Bashing gegen die SVP und ihre Wählerinnen und Wähler durch. Ziel: Niemand soll sich trauen, SVP zu wählen, und schon gar nicht soll man das öffentlich sagen dürfen. **Doch damit ist jetzt Schluss!** Auf www.falschgedacht.ch erklären die unterschiedlichsten Menschen offen und deutlich, dass und warum sie SVP wählen. **Macht Spass zum Mitmachen...**

Secondos wählen SVP



“ Ich bin ein Secondo und ich fühle mich extrem wohl in der Schweiz. Ich habe einen Bachelor in Theologie und bin Crossfit-Trainer. In Nordkorea bin ich einen Marathon gelaufen. **Und ich wähle SVP, weil sie weltoffen ist und dafür sorgt, dass sich alle an unsere Gesetze und Regeln halten.** ”

Fleischesser wählen SVP



“ In der grünen Öko-Diktatur soll das Fleischessen «verboten» werden. Doch ich geniesse weiterhin gutes Fleisch. Wer wirklich etwas für die Umwelt tun will, kauft saisongerechte Lebensmittel aus Schweizer Produktion ein. So ist auch sichergestellt, dass die Tiere artgerecht gehalten worden sind. **Und ich wähle SVP, weil sie sich für die Freiheit und die Schweizer Bauern einsetzt.** ”

Powerfrauen wählen SVP



“ Ich bin eine Powerfrau, Yoga ist mein Ausgleich. Spanisches Blut fliesst in meinen Venen. Ich liebe Multikulti, reisen und andere Kulturen. **Und ich wähle SVP, weil sie sich für Schweizer Werte einsetzt.** ”

Maturanden wählen SVP



“ Ich sehe aus wie ein Hippie. Auch bei Regen und Schnee laufe ich mit Sandalen und kurzen Hosen herum. Für meine Maturaarbeit entwickle ich eine Schneekanone für den Garten. **Und ich wähle SVP, weil sie sich für eine starke und eigenständige Schweiz einsetzt.** ”

Autofahrer wählen SVP



“ Ich fahre gerne Auto und bin auf dieses angewiesen. Wo ich wohne, fährt ab 19.00 Uhr kein Bus mehr. Dennoch wollen die Linken noch höhere Benzinabgaben. Schon heute würde der Liter Benzin ohne Staat nur die Hälfte kosten. **Und ich wähle SVP, weil sie den Raubzug auf den Mittelstand bekämpft.** ”



Das SVP Wahlmaskottchen

Neugierig, wer noch alles SVP wählt?
Lass Dich überraschen,
wie vielfältig die SVP-Wählerschaft ist: www.falschgedacht.ch

Oder noch besser: Lade auf www.falschgedacht.ch
Dein eigenes Video hoch, warum Du SVP wählst. So sorgst Du dafür,
dass unsere Schweiz auch weiterhin frei und sicher bleibt.

So wollen wir unsere Schweiz

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben und die wir verteidigen. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.

Im Bundesbrief, zu Beginn unserer Eidgenossenschaft, gelobten die Gründer unseres Lands keine fremden Richter anzuerkennen.

Unsere Bundesverfassung nimmt in der Präambel auf, dass nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst.

In dieser Tradition versprechen die Vertreterinnen und Vertreter der SVP gegenüber der Bevölkerung der Schweiz:

SVP Bundesräte



Guy Parmelin wurde im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen 2015 als zweiter SVP-Bundesrat gewählt. Er erbte von Ueli Maurer das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Schon in seinem ersten Jahr als Bundesrat gewann Guy Parmelin die Volksabstimmung über das neue Nachrichtendienstgesetz, mit

dem der erhöhten Terrorbedrohung Rechnung getragen wird.

Seit dem 1. Januar 2019 ist Guy Parmelin Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF). Zusammen mit Ueli Maurer sorgt Guy Parmelin nun dafür, dass sorgsam mit unseren Finanzen umgegangen wird und Wohlstand und Arbeitsplätze gesichert werden.

Frei und

Ich will's. Ich wähl's.

Wir Schweiz!

Wir wollen

-  **keinen Anschluss an die EU und keine Anerkennung fremder Richter**, damit wir unser Geschick selbst bestimmen;
-  **die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz**, damit wir weiterhin eine lebenswerte und intakte Heimat haben;
-  **kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen**, damit wir in Sicherheit leben können;
-  **tiefe Steuern für alle und weniger staatliche Regulierungen**, um Arbeitsplätze zu sichern.



Ueli Maurer wurde am 10. Dezember 2008 in den Bundesrat gewählt und war bis Ende 2015 Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Ihm ist es zu verdanken, dass der ewige Abbau bei der Armee endlich gestoppt wurde und mehr finanzielle Mittel für die wichtige Landesverteidigung zur Verfügung stehen.

Am 1. Januar 2016 übernahm Ueli Maurer das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD). Kaum hatte Maurer das Zepter übernommen, stellte er sich ausländischen Erpressungsversuchen von Seiten der EU entgegen und sorgte so dafür, dass der Banken- und Finanzplatz und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz gegenüber dem Ausland gestärkt werden. Davon profitieren wir alle im Land.

sicher.



Dank der SVP...



... ist die Schweiz nicht in der EU.
... hat der Bundesrat das institutionelle Abkommen nicht schon längst unterzeichnet.



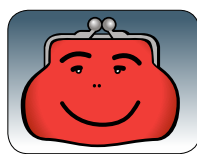
... genießt der Einsatz von Sozial-Detektiven gegen Betrüger breite Akzeptanz.
... werden nicht therapierbare Pädophile lebenslang verwahrt.



... wurde an der Wehrpflicht festgehalten, während andere Länder diese teuer wiederaufbauen müssen.
... wurde der Armeebestand nicht auf 80'000 Mann geschrumpft.



... wird der Gotthard durch die zweite Röhre sicherer.
... kostet die Autovignette nicht 100 Franken.
... kostet das Benzin nicht 20 Rappen mehr.



... liegt die Mehrwertsteuer weiterhin unter zehn Prozent.
... gibt es bei der Bundessteuer bald einen höheren Kinderabzug, unabhängig davon, ob diese selbst- oder fremdbetreut werden.



... werden kriminelle Ausländer konsequenter ausgeschafft.
... gibt es keine automatischen Einbürgerungen.
... gilt für Flüchtlinge ein Reiseverbot in die Heimatländer.
... wurde der UNO-Migrationspakt nicht einfach klammheimlich unterzeichnet.



... wurde die Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung angenommen
... müssen sich alle anderen Parteien mit dem Thema Masseneinwanderung beschäftigen.



... hat es in der Schweiz keinen Platz für die Machtsymbole des radikalen Islams.
... können Sie schon bald über ein nationales Verhüllungsverbot abstimmen.



... konnten mehrere Freihandelsabkommen im Interesse der Schweiz und mit Rücksicht auf die eigene Landwirtschaft abgeschlossen werden.
... wird die Post verpflichtet, auch die Randregionen bis spätestens 12.30 Uhr zu bedienen.



... können wir schon bald wieder selber bestimmen, wer in die Schweiz kommen darf und wer nicht. Die Begrenzungsinitiative verlangt, dass die Zuwanderung eigenständig von der Schweiz geregelt und kontrolliert wird.

Der SVP-Parteileitungsausschuss: Menschen, die Verantwortung übernehmen



Albert Rösti
Parteipräsident (BE)



Céline Amaudruz
Vizepräsidentin (GE)



Marco Chiesa
Vizepräsident (TI)



Magdalena Martullo
Vizepräsidentin (GR)



Thomas Aeschi
Fraktionspräsident (ZG)



Adrian Amstutz
Mitglied (BE)



Marcel Dettling
Mitglied (SZ)



Thomas Matter
Mitglied (ZH)



Sandra Sollberger
Mitglied (BL)

Wir übernehmen Verantwortung ... im Bundeshaus

64 Nationalrätinnen und Nationalräte der SVP

Kanton Aargau



Thomas Burgherr
01.08.1962, eidg. dipl. Zimmermeister, Unternehmer, 3 Kinder, Williberg



Sylvia Flückiger-Bäni
01.06.1952, Unternehmerin, 2 Kinder, Schöffland



Ulrich Giezendanner
31.10.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Rothrist



Andreas Glarner
09.10.1962, Unternehmer, 2 Kinder, Oberwil-Lieli



Hansjörg Knecht
24.03.1960, Unternehmer, Leibstadt



Maximilian Reimann
07.05.1942, Dr. iur., Finanzjurist, 2 Kinder, Gipf-Oberfrick



Luzi Stamm
09.09.1952, Rechtsanwalt / Ökonom, 3 Kinder, Baden

Kanton Appenzell Ausserrhoden



David Zuberbühler
20.02.1979, Unternehmer, 2 Kinder, Herisau

Kanton Basel-Stadt



Sebastian Frehner
02.09.1973, Dr. iur., Jurist, Unternehmer, 1 Kind, Basel

Kanton Basel-Landschaft



Thomas de Courten
29.07.1966, Unternehmer, 3 Kinder, Rünenberg



Sandra Sollberger
27.10.1973, Eidg. dipl. Malermeisterin / Unternehmerin, 2 Kinder, Bubendorf

Kanton Bern



Andreas Aepli
26.11.1958, eidg. dipl. Landwirt, Unternehmer, 3 Kinder, Alchenstorf



Adrian Amstutz
02.12.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Sigriswil



Manfred Bühler
10.04.1979, Rechtsanwalt, Cortébert



Andrea Geissbühler
03.08.1976, Polizistin, Reitpädagogin, dipl. Kindergärtnerin, 3 Kinder, Bärswil



Erich Hess
25.03.1981, Unternehmer, Lastwagenführer, Bern

Kanton Bern



Nadja Pieren
14.02.1980, Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkindererzieherin, Betriebsleiterin, Heimiswil



Albert Rösti
07.08.1967, Dr.-Ing. agr. ETH, Unternehmer, 2 Kinder, Uetendorf



Werner Salzmann
05.11.1962, Dipl.-Ing. agr. FH, Chefexperte Landwirtschaft, 4 Kinder, Mülchi



Erich von Siebenthal
30.12.1958, Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn, 3 Kinder, Gstaad

Kanton Freiburg



Pierre-André Page
19.04.1960, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Châtonnaye



Jean-François Rime
28.06.1950, Unternehmer, 3 Kinder, Bulle

Kanton Genf



Céline Amaudruz
15.03.1979, lic. iur., Vermögensverwalterin, Genf



Yves Nidegger
17.05.1957, Anwalt, 5 Kinder, Genf

Kanton Graubünden



Heinz Brand
06.09.1955, Berater, Jurist, 1 Kind, Klosters



Magdalena Martullo-Blocher
13.08.1969, lic.oec. HSG, Unternehmerin, 3 Kinder, Meilen, Lenzerheide

Kanton Luzern



Yvette Estermann
26.02.1967, Ärztin, Beraterin, 1 Kind, Kriens



Franz Gräter
29.07.1963, Unternehmer, 3 Kinder, Eich



Felix Müri
22.01.1958, Unternehmer, 4 Kinder, Emmenbrücke

Kanton Nidwalden



Peter Keller
22.04.1971, lic. phil. I, Kleinunternehmer/Autor, Hergiswil

Kanton Schaffhausen



Thomas Hurter
01.11.1963, Linienpilot, 2 Kinder, Schaffhausen

Kanton St. Gallen



Roland Rino Büchel
08.10.1965, Sportmanager, Kleinunternehmer, 1 Kind, Oberriet



Mike Egger
02.08.1992, Projektleiter, Dipl. Betriebswirtschaftler NDS HF, Berneck



Barbara Keller-Inhelder
24.08.1968, Geschäftsführerin, 2 Kinder, Rapperswil-Jona



Thomas Müller
01.12.1952, lic. iur., Stadtpräsident, 3 Kinder, Rorschach



Lukas Reimann
18.09.1982, MLaw, Jurist, Wil

Kanton Solothurn



Christian Imark
29.01.1982, Selbstständiger Unternehmer, 1 Kind, Fehren



Walter Wobmann
21.11.1957, Technischer Kaufmann, Verkaufsleiter, 3 Kinder, Gretzenbach

Kanton Schwyz



Marcel Dettling
01.02.1981, Landwirt, 3 Kinder, Oberiberg



Pirmin Schwander
28.12.1961, Dr. oec. publ., Unternehmer, 2 Kinder, Lachen

Kanton Thurgau



Diana Gutjahr
13.01.1984, Unternehmerin, Betriebsökonomin FH, Amriswil



Markus Hausammann
20.09.1964, Meisterlandwirt, 4 Kinder, Langrickenbach



Verena Herzog
07.02.1956, dipl. Kindergärtnerin, Geschäftsfrau, 3 Kinder, Frauenfeld

Kanton Tessin



Marco Chiesa
10.10.1974, lic. rer. pol., Leiter Alterszentrum, 2 Kinder, Ruvigliana

Kanton Uri



Beat Arnold
24.04.1978, akademischer Mentalcoach, Wirtschaftsingenieur FH, 2 Kinder, Schattdorf

Kanton Waadt



Michaël Buffat
27.09.1979, Bankleiter, Vuarrens



Alice Glauser-Zufferey
18.10.1954, Landwirtin, 4 Kinder, Champvent



Jean-Pierre Grin
16.03.1947, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Pomy



Jacques Nicolet
24.10.1965, Landwirt, 4 Kinder, Lignerolle

Kanton Valais



Jean-Luc Addor
22.04.1964, Rechtsanwalt, 2 Kinder, Sion



Franz Ruppen
24.02.1971, Advokat und Notar, Naters

für die Schweiz ...

Kanton Zug



Thomas Aeschi
13.01.1979, lic. oec. HSG, Harvard MPA, Unternehmensberater, Baar

Kanton Zürich



Hans Egloff
27.11.1959, Rechtsanwalt, Aesch

Martin Haab
03.05.1962, Landwirt, 2 Kinder, Mettmenstetten

Alfred Heer
12.10.1961, Kleinunternehmer, Zürich

Roger Köppel
21.03.1965, Verleger und Chefredaktor «Die Weltwoche», 3 Kinder, Küsnacht

Thomas Matter
23.03.1966, Unternehmer, 4 Kinder, Meilen

Gregor Rutz
12.10.1972, lic. iur., Unternehmer, Zürich

Therese Schläpfer
14.04.1959, Eidg.dipl. F/A, 3 Kinder, Hagenbuch

Kanton Zürich



Barbara Steinemann
18.06.1976, lic. iur., Juristin, Watt-Regensdorf

Mauro Tuena
25.01.1972, Computertechniker, Zürich

Hans-Ueli Vogt
05.12.1969, Professor für Privat- und Wirtschaftsrecht, Zürich

Bruno Walliser
11.04.1966, eidg. dipl. Kaminfegermeister, 2 Kinder, Volketswil

Claudio Zanetti
16.06.1967, lic. iur., Jurist, Kommunikationsberater, Gossau

... im Bundesrat

5 Ständeräte

Kanton Glarus



Werner Hösli
30.08.1961, Leiter Alterszentrum, 1 Kind, Haseln

Kanton Schaffhausen



Hannes Germann
01.07.1956, Betriebsökonom, Verwaltungsrat, 2 Kinder, Opfertshofen

Kanton Schwyz



Peter Föhn
11.12.1952, Unternehmer, 4 Kinder, Muotathal

Alex Kuprecht
22.12.1957, Relation-Manager, 2 Kinder, Pfäffikon

Kanton Thurgau



Roland Eberle
07.12.1953, Unternehmer, dipl. Ing. Agr. ETH, 3 Kinder, Weinfelden

2 Bundesräte



Ueli Maurer
01.12.1950, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), 6 Kinder, Wernetshausen (ZH)

Guy Parmelin
09.11.1959, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), Bursins (VD)

... in den Kantonsregierungen

23 Regierungsräte der SVP

Kanton Aargau



Alex Hürzeler
01.06.1965, Vorsteher Departement Bildung, Kultur und Sport, Deschgen

Kanton Appenzell Innerrhoden



Ruedi Eberle
19.07.1967, Säckelmeister, Vorsteher Finanzdepartement, 3 Kinder, Gonten

Kanton Appenzell Ausserrhoden



Hansueli Reutegger
14.11.1966, Vorsteher Departement Inneres und Sicherheit, 3 Kinder, Schwellbrunn

Kanton Bern



Christoph Neuhaus
10.05.1966, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektor, 1 Kind, Kaufdorf

Pierre-Alain Schnegg
13.12.1962, Vorsteher der Gesundheits- und Führungs- direktion, 4 Kinder, Champoz

Kanton Basel-Landschaft



Thomas Weber
23.11.1961, Vorsteher Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, 3 Kinder, Buus

Kanton Glarus



Marianne Lienhard
17.07.1968, Vorsteherin Departement Volkswirtschaft und Inneres, Elm

Kanton Luzern



Paul Winkler
13.04.1956, Vorsteher Justiz- und Sicherheitsdepartement, 2 Kinder, Kriens

Kanton Nidwalden



Michèle Blöchlinger
21.10.1967, Gesundheits- und Sozialdirektorin und stellvertretende Justiz- und Sicherheits- direktorin, 3 Kinder, Hergiswil

Res Schmid
25.02.1958, Bildungsdirektor und stellvertretender Gesundheits- und Sozialdirektor, 2 Kinder, Emmetten

Kanton Obwalden



Daniel Wyler
23.10.1959, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, 4 Kinder, Engelberg

Kanton St. Gallen



Stefan Kölliker
09.09.1970, Vorsteher Bildungsdepartement, 3 Kinder, Bronschhofen

Kanton Schaffhausen



Ernst Landolt
26.07.1953, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, 3 Kinder, Rüdlingen

Cornelia Hurter Stamm
08.11.1962, Vorsteherin Finanzdepartement, 2 Kinder, Schaffhausen

Kanton Schwyz



Andreas Barraud
15.11.1957, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, 2 Kinder, Bennau

René Bünler
21.05.1969, Vorsteher Umweltdepartement, 3 Kinder, Lachen

André Rüeggsegger
30.06.1976, Vorsteher Sicherheitsdepartement, Brunnen

Kanton Thurgau



Monika Knill
12.03.1972, Vorsteherin Departement für Erziehung und Kultur, 2 Kinder, Alterswilen

Jakob Stark
08.09.1958, Vorsteher Departement für Finanzen und Soziales, 2 Kinder, Buhwil

Kanton Tessin



Norman Gobbi
23.03.1977, Vorsteher des Departement für Inneres, Justiz und Polizei, 2 Kinder, Quinto

Kanton Zug



Stephan Schleiss
26.12.1972, Vorsteher Direktion für Bildung und Kultur, Steinhausen

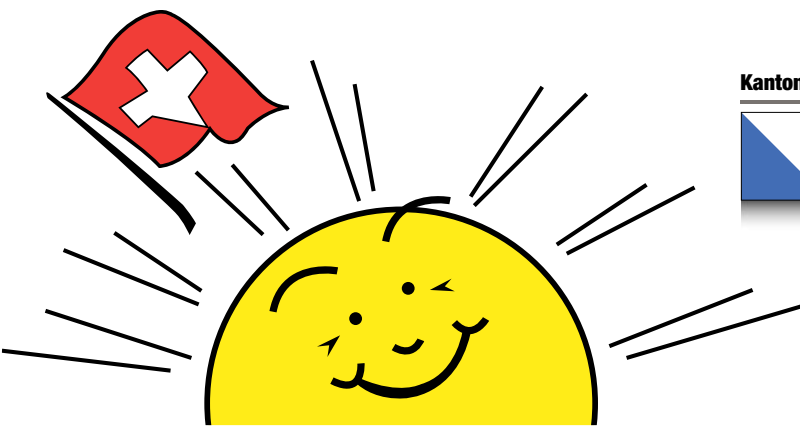
Heinz Tännler
10.05.1960, Vorsteher Finanzdirektion, 3 Kinder, Zug

Kanton Zürich



Natalie Rickli
19.11.1976, Vorsteherin Gesundheitsdirektion, Winterthur

Ernst Stocker
20.04.1955, Vorsteher Finanzdirektion, 2 Kinder, Wädenswil



Grosser Wettbewerb

Machen Sie beim Wettbewerb online mit: www.svp-sünneli.ch
Wofür steht das Sünneli?

- 1** Für die aktuelle Werbekampagne von Schweiz Tourismus in Grossbritannien. Damit die Engländer wissen, dass die Sonne auch in Ländern scheint, die nicht in der EU sind?



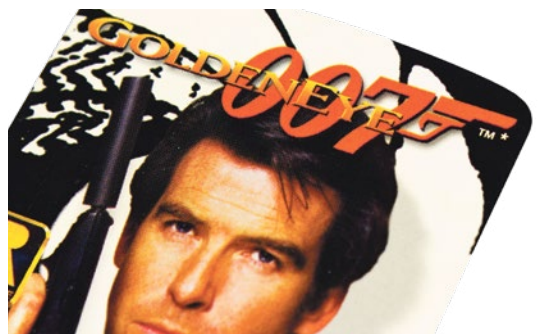
☐ Ja = **EU** ☐ Nein = **IC**

- 2** Für die Neuvertonung des bekannten Liedes «Oh Du goldigs Sünneli» durch Gölä?



☐ Ja = **NE** ☐ Nein = **HW**

- 3** Für die Schweizer Version des Kino-Trailers zum James-Bond-Film «Golden Eye» aus dem Jahre 1995?



☐ Ja = **IN** ☐ Nein = **ÄH**

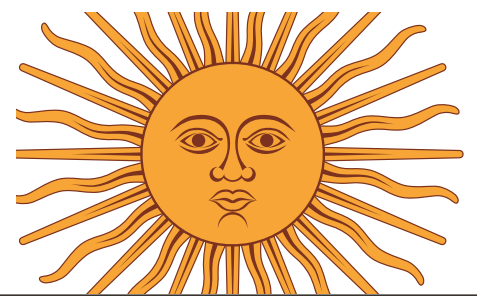


- 4** Für die erfolgreichste Schweizer Volkspartei, die SVP, die mit ihrem Sünneli-Logo zeigt, dass sie mit ihrer Politik dafür sorgt, dass für den Mittelstand in unserem Land auch weiterhin die Sonne scheint?



☐ Ja = **LES** ☐ Nein = **DA**

- 5** Für einen sensationellen Ausgrabungsfund aus dem Reich der Inka, der endlich belegt, dass der Sonnengott der Inka von der SVP abgekupfert worden ist?



☐ Ja = **NKE** ☐ Nein = **VP**

Die richtige Lösung lautet: _____

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, reihen Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen aneinander und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 1. August 2019

1. – 3. Preis: Ein Korb voller Sonnenüberraschung (Honig, Sonnenblumenkerne, edles Sonnenblumenöl etc.)

Die Gewinner werden Ende August 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mit Ihrer Teilnahme an diesem Wettbewerb mit Bild-, Video- oder Text-Einsendung willigen Sie ein, dass Ihr eingereichter Beitrag (Foto, Video, Text etc.) mit Ihrem Namen veröffentlicht werden darf.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk/Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- ☐ Bitte schicken Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die nebenstehende E-Mail-Adresse.
- ☐ Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

Bitte schicken Sie mir:

- ___ F4-Papier-Plakate (Weltformat = 89,5 cm x 128 cm)
- ___ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)
- ___ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)

- ☐ Ich schreibe gerne einen Leserbrief und brauche dazu Unterstützung. Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
- ☐ Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- ☐ Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
- ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern

E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59



www.svp.ch